:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 23.1.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Berliner Kolleg“ tagt

Berlin. Das um die „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ führt am 1. Februar sein 23. „Berliner Kolleg“ im „Logenhaus“ in Berlin-Wilmersdorf durch. Unter der Überschrift „Die Revision der Urkatastrophe“ befasst sich der einschlägig rechte Denkzirkel diesmal mit den Ursachen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges. Als Referenten werden der Historiker Prof. Dr. Hans Fenske, der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Günter Scholdt und der neurechte Publizist Dr. Karlheinz Weißmann angekündigt.

hma ■

Umbenennung in Kiel

Kiel. Der Bauausschuss der Stadt Kiel hat mit den Stimmen von SPD, Grüne und Die Linke beschlossen, das Hindenburgufer umzubenennen. Die Flaniermeile soll künftig Kiellinie heißen. Die CDU stimmte gegen die Umbenennung der nach Paul von Hindenburg, einem Steigbügelhalter Hitlers, benannten Straße.

hma ■

„Die Rechte“-Demo in Koblenz

Koblenz. Die neofaschistische Partei „Die Rechte“ ruft für den 15. März zu einer Demonstration in Koblenz auf. Unter dem Motto „Zusammenhalt ist unsere Stärke. Gegen Repression und Behördenwillkür. Solidarität mit Sven und den anderen“ solidarisiert sich „Die Rechte“ mit den damaligen Akteuren des „Aktionsbüro Mittelrhein“, die sich seit geraumer Zeit vor dem Koblenzer Landgericht zu verantworten haben. Beginnen soll die Demonstration um 14 Uhr am Koblenzer Hauptbahnhof.

hma ■

„REKOS“ gegründet

Österreich/Wien. Der im Herbst 2013 aus der BZÖ ausgeschlossene frühere FPÖ-Politiker Ewald Stadler hat eine neue Partei gegründet. Die neue Partei des EU-Parlamentariers heißt „Die Reformkonservativen – REKOS“ und will als „rechte Alternative“ zur Europawahl antreten. REKOS bezeichnet sich als einzige patriotische, österreichische Kraft eines Europas souveräner, selbstbestimmter Staaten. Die neue Partei be-

Fürth, 11.1.2014

Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand

Erster Bericht von der Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Ähnlich wie in anderen Städten wollten NPD, Kameradschaften und autonome Nationalisten am Samstag, 18. Januar 2014, das Gedenken an die Bombardierung Magdeburgs für ihre nationalistischen und rassistischen Aufmärsche instrumentalisieren. Vielfältige Gegenproteste und Blockaden waren in Magdeburg geplant. In den letzten Jahren waren die Gegenproteste in Sicht- und Hörweite mit massiver polizeilicher Gewalt unterbunden worden.

Dieses Jahr war Magdeburg insgesamt geprägt von den Demonstrationen gegen den sogenannten „Gedenkmarsch“ von autonomen Nationalisten und Kameradschaften.

Die Stadt Magdeburg sorgt alljährlich dafür, dass nicht im Vorfeld bekannt wird, wo diese nationalistische Instrumentalisierung des Gedenkens der Bombardierung stattfinden wird. Dem Bündnis derer von Rechtsaußen scheint jeder Ort in der Stadt recht zu sein.

So ist die Stadt insgesamt geprägt vom Protest der Demokraten, von der „Meile der Demokratie“ über die Meilensteine, die Anlauf- und Ausgangspunkte für weitergehenden Protest sein können, bis zu den angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen, die zu Blockaden aufrufen.

Diese Gegendemonstrationen hatten Raum und diesen haben sie sich genommen. Der Umgang zwischen Polizei und Demonstrierenden war in diesem Jahr oft geprägt von Gelassenheit. Am Bahnhof Neustadt, in der Nähe der von den Nazis zerstörten Synagoge und gegenüber dem Gemeindezentrum der jüdischen Gemeinde, hielten die Gegendemonstrierenden den Platz vor dem Bahnhof und die Ausgänge des Bahnhofs besetzt, um der von der extremen Rechten dort gewünschten Demonstration keinen Raum zu geben.

Vormittags gab es jedoch in der Innenstadt Richtung Stadtfeld einen polizeilichen Angriff auf eine Spontandemonstration. Ohne polizeiliche Vorwarnung, ohne vorhergehende Aufforderung stürmte eine Berliner Hundertschaft in die Demonstration, teilte Faustschläge und Fußtritte aus, um ein Transparent zu beschlagnahmen, das kurze Zeit später zurückgegeben wurde. Einige Zeit später drangen Polizeieinheiten in diese Versammlung ein, um Einzelne herauszuzerren, Personalien festzustellen und in Gewahrsam zu nehmen.

Fortsetzung Seite 2 unten

Aus dem Inhalt:

NSU-Mordfall Kiesewetter – Wie viel Zufall kann es in einem Strafverfahren geben? 3

Front National in der Klemme 9

kennt sich zur „christlichen Werteordnung, zur christlichen Tradition des Abendlandes und zur staatstragenden Bedeutung der Familie und zum freien Eigentum“.

hma ■

Nazidemo am 1. Mai in Plauen

Plauen. Unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ rufen Neonazis aus dem „Nationalen Widerstand“ zu einer Demonstration am 1.Mai im sächsischen Plauen auf. In demagogischer Manier werden „die zunehmende Lohndrückerei, EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und die wachsende Verausländerung des deutschen Arbeitsmarktes“ kritisiert. Beginnen soll die „Arbeiterkampfdemo“ um 12 Uhr am Plauener Bahnhof.

hma ■

Attacken auf Gewalt-Dokumentation

Berlin Unbekannte Täter haben innerhalb von sieben Wochen insgesamt 13 Tafeln der Fotoausstellung „Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ gestohlen. Weitere Tafeln wurden beschmiert, immer wurde das Informationsmaterial zur Ausstellung entwendet.

Seit nunmehr acht Jahren dokumentiert die immer wieder erweiterte und aktualisierte Ausstellung „Berliner Tatorte“ die Plätze rechter, fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt in der Hauptstadt. Es sind austauschbare, alltägliche Straßen, Plätze und Bahnhöfe in Berlin. Als Orte von Gewalt werden sie meist nicht wahrgenommen, für die Opfer der Gewalt aber sind es Angsträume. Dazu gehören der Nollendorfplatz, eine Kneipengegend im Prenzlauer Berg, der Kurfürstendamm und auch der Platz vor dem Berliner Parlament.

Die Aufnahmen des Fotografen Jörg Müller belegen, dass Gewalt überall und zu jedem Zeitpunkt stattfinden kann. Die Texte zu den Bildern stammen aus der Berlin-weiten Chronik der Opferberatung ReachOut. Nach dem Ende der Ausstellung im Rathaus Tempelhof Anfang Januar zieht ReachOut ein erschütterndes Fazit: 13 Tafeln sind gestohlen, zehn weitere beschmiert worden, fast täglich wurde das gesamte Informationsmaterial entwendet. In einer ersten Reaktion erklärte Sabine Seyb von ReachOut: „Wir sind entsetzt darüber, dass schon allein die bloße Dokumentation rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt offensichtlich eine solche Provokation darstellt und ein so aggressives Verhalten auslösen kann“.

Für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg verurteilte die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler den Diebstahl der Bilder und die Schmierereien. „Umso mehr spornt uns dieser Vorfall jedoch an, die Zusammenarbeit mit den Projekten wie der Opferberatungsstelle ReachOut fortzusetzen. Zeigt dieser Angriff auf die Ausstellung doch, wie wichtig ein gemeinsames Einstehen für Werte wie Toleranz, Akzeptanz und Respekt ist.“, so Schöttler. Nach den Vorfällen hat nun der Staatsschutz die Ermittlungen aufgenommen, die Ausstellung „Berliner Tatorte“ soll im Februar im Rathaus Mitte zu sehen sein. (kb)

Quelle: http://www.bnr.de blick nach rechts 10.01.2014

Fürth: 2000 bei Antifa-Demonstration

Am Samstag, den 11.1.2014 versammelten sich über 2000 Menschen zur seit Jahrzehnten größten antifaschistischen Demonstration in Fürth. Ein Bündnis aus verschiedenen Organisationen rief zur Demonstration „Fürth Nazifrei! - Keine Nazis in den Stadtrat“ auf, um ein deutliches Zeichen gegen die Neonazis der sog. „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BiSF) zu setzen. Die Demonstration stellt dabei nur einen Teil der Kampagne „Nazis stoppen – Der BiSF den Wahlkampf vermiesen“ dar. Bereits am Freitag, den 10.01.2014 fand eine Informationsveranstaltung des Bündnisses zu den Kontakten der mittelfränkischen Neonazis mit den TerroristInnen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) statt, die über 130 Personen besuchten.

Trotz schlechten Wetters versammelten sich um 13.00 Uhr am Kohlenmarkt in Fürth zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten, um ein deutliches Zeichen gegen die Neonazis in Fürth zu setzen. Die Demonstration, bei der sich über 2000 Menschen beteiligten, ist die größte antifaschistische Demonstration seit Jahrzehnten in Fürth. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF), der Jugendantifa Fürth (JAF), dem Fürther Bündnis gegen Rechts und zahlreichen Einzelpersonen hatte zu der Demonstration „Fürth Nazifrei – Keine Nazis in den Stadtrat“ aufgerufen. Zum Auftakt und während der gesamten Demonstration wurden die TeilnehmerInnen durch Redebeiträge über die Neonazis in Fürth und deren Vorhaben informiert.

Das Fürther Bündnis gegen Rechts wies auf die gesellschaftlich tief verankerten

Fortsetzung Seite 6

Eine potentiell eskalierende und unverhältnismäßige Maßnahme.

Der mittags von den Nationalisten angestrebte Ort Herrenkrug, auf der anderen Elbseite, konnte von ihnen nicht erreicht werden. Viele Gegendemonstrierende hatten sich in Richtung Elbbrücken in Bewegung gesetzt. Einige waren kurzzeitig auf die Bahnbrücke gelangt, so dass ein Zug anhalten musste und der Zugverkehr zunächst unterbrochen werden musste. Dies betraf auch den Zug der Nationalisten, der auf dem Gleis am Bahnhof Neustadt in Richtung Herrenkrug stehenbleiben musste, um dann wieder zurückzufahren.

Als nachmittags bekannt wurde, dass die „Gedenkmarschierer“ im Süden der Stadt, ausgehend vom SKET-Bahnhof, demonstrieren würden, versuchte die Polizei, diese Region weiträumig abzusperren. Protest in Sicht- und Hörweite ist in Magdeburg politisch nicht gewollt. Der Hauptzug der Demonstrierenden samt Lautsprecherwagen wurde weit entfernt vom SKET-Bahnhof polizeilich gestoppt. Gruppen, die in dieses Areal vorgedrungen waren, wurden polizeilich heraus gedrängt. Protest muss aber – wie in anderen Städten – auch in der Nähe des Geschehens, gegen das er sich wendet, möglich sein. Dennoch waren einige Gegendemonstrierende auch bis in die Nähe dieses nationalistischen Marsches vorgedrungen. Mit ihrem friedvoll-protestierenden Verhalten machten sie deutlich, dass auch dies möglich ist.

Immer wieder beobachteten wir verschiedene Länderpolizeien, auch mit der Bundespolizei kooperierend, die sachlich mit dem Protest und ihrem Auftrag, die Gruppen auseinanderzuhalten, umgingen.

Die über zwanzig Fest- oder Ingewahrsamnahmen machen jedoch deutlich, dass auch unverhältnismäßig gegen Einzelne vorgegangen wurde. Vor allem all diejenigen, die dem polizeilichen Feindbild „der Autonomen“, „des schwarzen Blocks“ entsprechen, sind von polizeilicher Gewalt bedroht. Auch das oft martialische Auftreten der Polizei mit Helmen und gepanzerter Schutzkleidung bis hin zum Einsatz einer Pferdestaffel war angesichts der Friedlichkeit des Protestes überflüssig.

Der Ausnahmezustand wurde auch daran deutlich, dass der Hauptbahnhof fast den ganzen Tag weitgehend abgeriegelt war. Über lange Zeit wurden Personen, die die Polizei relativ willkürlich den Demonstrierenden zurechnete, nicht in den Bahnhof hineingelassen.

Die Besonnenheit der vielen Demokraten ließ an diesem Tag den Protest überall in der Stadt sichtbar werden. Letztes Jahr war genau dies nicht möglich. Dennoch wurde auch in diesem Jahr den Nationalisten eine Demonstration ermöglicht und ein Gegenprotest in Sicht- und Hörweite weitgehend unterbunden. Darum muss weiterhin gestritten werden.

www.grundrechtekomitee.de/node/614

Über 600 Menschen auf Vorabenddemo in Magdeburg

Über 600 Menschen setzen unangemeldete, antifaschistische Demo in Magdeburg durch – Kämpferischer Auftakt gegen den Naziaufmarsch!

Mehr als 600 Menschen sind unserem Aufruf gefolgt, am Vorabend des Naziaufmarsches in Magdeburg mit einer unangemeldeten Demonstration auf die Straße zu gehen. Unter dem Motto „Staat und Nazis – Hand in Hand! Organisiert den Widerstand!“ konnten wir somit auf den Naziterror und staatliche Repression gegen Antifaschist_innen in Sachsen-Anhalt aufmerksam machen.

Die Demo startet kurz nach 18:00 Uhr am Hauptbahnhof und ging über die Otto-von-Guericke-Straße zum Hasselbachplatz. Auf dem Weg dorthin reihten sich immer mehr Menschen in die Demonstration ein. Über den Breiten Weg, vorbei an den größten Einkaufszentren von Magdeburg, ging es über die Ernst-Reuter-Allee in den linksalternativen Stadtteil Stadtfeld zum Olvenstedter Platz. Dort verwies ein Vertreter unserer „Vorabenddemo-Magdeburg“ Initiative nochmal darauf, es nicht bei dieser Demo zu belassen, sondern morgen gegen den Naziaufmarsch vorzugehen, damit auch dieser bald der Geschichte angehört.

Steffen Winkler, Pressesprecher der Initiative, erklärt dazu: „Es ist uns gelungen in Magdeburg eine kämpferische, antifaschistische Demonstration auf die Straße zu tragen, obwohl wir diese bewusst nicht angemeldet hatten. Grund dafür war und ist, die derzeitige Repression gegen Menschen die sich in Sachsen-Anhalt gegen den Naziterror zur Wehr setzen und die Ereignisse während einer Antifa-Demo im November 2013 in Burg. Die Veranstalter_innen und Teilnehmer_innen wurden dort durch die polizeiliche Maßnahmen massiv kriminalisiert!“

Die heutige Demo bildete somit den Auftakt für die antifaschistischen Aktivitäten gegen den für morgen angekündigten Naziaufmarsch und für weitere, entschlossene Aktionen gegen den Naziterror und staatliche Repression in Sachsen-Anhalt.

Da derzeit nur bekannt ist, dass sich morgen ein Teil der Nazis um 11:00 Uhr am Bahnhof Eichenweiler im nördlichen Magdeburg treffen will und die Route der Faschisten noch nicht fest steht, rufen wir auf an allen Bahnhöfen der Stadt präsent zu sein und sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen.

Wir werden unser Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern mit praktischen Aktivitäten morgen in Magdeburg umsetzen und wenn nötig, dies auf allen Ebenen – mit allen Mitteln!

Quelle: Initiative „Vorabenddemo Magdeburg“ 17.01.2014 - indymedia

Demonstration blieb unangemeldet

Warum die Initiative „Vorabenddemo Magdeburg“ die Demonstration am 17.1.2014 nicht angemeldet hat

Die geplante antifaschistische Demonstration am 17. Januar 2014 in Magdeburg wird von uns, der Initiative „Vorabenddemo Magdeburg“, nicht angemeldet. Diese Entscheidung ist unsere Konsequenz aus der anhaltenden staatliche Repression gegen linke Strukturen in Sachsen-Anhalt und der massiven Einschränkung des Versammlungsrechts durch Staat und Polizei in den vergangenen Wochen.

Seit nunmehr zwei Jahren werden Menschen, die sich den Nazis und deren Gewalt in Sachsen-Anhalt entgegenstellen, von der Polizei verstärkt kriminalisiert. Anzeichen dafür sind die brutale Polizeigewalt gegen Antifaschist_innen während der Proteste gegen den jährlichen „Trauermarsch“ von bis zu 1000 Nazis, willkürliche Festnahmen und mehrere Durchsuchungen, beispielsweise im Sozialen Zentrum in Magdeburg.

Hinzu kommen regelmäßige Polizeieinsätze mit dem Ziel von Personalienfeststellungen, Hausdurchsuchungen und Anquatschversuchen gegen Menschen in Burg, die von Nazis aus ganz Sachsen-Anhalt bedroht und sogar angegriffen werden. Die kurzzeitige Entführung eines 18-jährigen Nazigegners in Burg nach einer antifaschistischen Demonstration in der Stadt, die ebenfalls durch die Polizei kriminalisiert wurde, stellt dabei den Höhepunkt der aktuellen Situation in Sachsen-Anhalt dar.

Wo es auf der einen Seite Nazis ermöglicht wird, ungestört durch die Straßen zu ziehen und Menschen anzugreifen, die nicht in das beschränkte Weltbild der Faschisten passen, werden auf der anderen Seite Antifaschist_innen durch die Polizei kriminalisiert – beides ausgerechnet in einem Bundesland, in dem es in den vergangenen 20 Jahren zu einer ganzen Reihe von Morden durch Nazis kam.

Steffen Winkler, Pressesprecher der Initiative, erklärt dazu: „Wir sind zwar nicht an einer Eskalation interessiert, doch halten wir es angesichts der aktuellen Situation für wichtig, bewusst auf eine Anmeldung der Demo bei Polizei und Ordnungsbehörden zu verzichten. Wenn außerdem Demos wie am 02.11.2013 in Burg durch hunderte Polizisten in einer Art Gefangenentransport verwandelt werden oder, wie am 21.12.2013 in Hamburg, eine Demonstration erst von der Polizei angegriffen und schließlich durch diese aufgelöst wird, kann nicht mehr von einem intakten Versammlungsrecht gesprochen werden, das es den Menschen erlaubt, ihre politischen Anliegen öffentlich zu vertreten.“

Wir wollen mit der bevorstehenden Demonstration auf den Naziterror in Sachsen-Anhalt und die staatlichen Kriminalisierung von Antifaschist_innen und linker Strukturen aufmerksam machen und fordern die Polizei auf, sich deutlich zurückzuhalten.

Um dieses Anliegen mit der Demo öffentlich zu machen, werden wir uns am Freitag, 17. Januar 2014 – also einen Tag vor dem geplanten Nazigroßaufmarsch – um 18 Uhr vor dem Hauptbahnhof in Magdeburg treffen. Von dort aus wollen wir über die Otto-von-Guericke-Straße zum Hasselbachplatz gehen, um dort eine Zwischenkundgebung durchzuführen. Über den Breiten Weg, der Ernst-Reuter-Allee und Olvenstedter Straße wird es dann zum Olvenstedter Platz gehen, wo wir eine Abschlusskundgebung durchführen werden.

Quelle: Pressemitteilung http://entschlossenhandeln.blogsport.de 07.01.2014

„... auch die Täter benennen“ -

Seit dem 9.11.2013 ist die Webseite „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945“ freigeschaltet

Was passierte während der NS-Zeit im Kreis Pinneberg? Wie gestaltete sich das Leben vor Ort, wer waren die Akteure, wer gehörte zu den Verfolgten des Nazi-Regimes? Diesen und weiteren Fragen kann jetzt auf der Internetseite www.spurensuche-kreis-pinneberg.de nachgegangen werden. Informationen zur lokalen Zeitgeschichte werden direkt auf die Straßen der jeweiligen Orte des Kreises Pinneberg projiziert, Bilder können angesehen und Geschichten erzählt werden. Alles in einer ansprechenden Form, vor allem auch für Jugendliche.

Das Webseiten-Projekt „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945“ wurde am 9. November 2013 mit den ersten Beiträgen freigeschaltet. Die Internetplattform getragen von dem Förderverein Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung e.V., soll zu einer vertiefenden Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg beitragen. Ziel ist es, schrittweise eine umfassende Übersicht über die NS-Geschichte im Kreis mit ihrer Vor- und Nachkriegsgeschichte zu erstellen, wobei die bisherigen lokalen historischen Auswertungen und neuere Forschungsergebnisse berücksichtigt werden.

Die Webseite dient dazu, Geschichtsinitiativen und an Zeitgeschichte interessierte Einzelpersonen zu vernetzen und ihnen eine Präsentationsmöglichkeit ihrer Recherchen zu geben. In der nun freigeschalteten Webseite sind bereits über 200 „Spuren“ zur Geschichte der lokalen und regionalen Zeit des Nationalsozialismus verzeichnet. Das Projekt motiviert ausdrücklich zum Mitmachen. Jeder hat die Möglichkeit, die Webseite zu ergänzen und damit die noch vorhandenen „weißen Flecken“ in der Orts- und Kreisgeschichte auszufüllen. Eine Redaktionsgruppe sorgt für die Einhaltung der redaktionellen Normen, prüft die Inhalte und schaltet die Ergebnisse frei. So wird anderen Menschen ein Anreiz für eigene Ansätze, selbständige Vertiefung, Weitersuche und Aktualisierung geboten.

Wünschenswert ist die Einbindung weiterer Projektpartner in den einzelnen Gemeinden und Städten, die die Arbeit an der Webseite unterstützen und ausbauen. Bisher sind die Orte Elmshorn, Uetersen, Tornesch, Quickborn, Horst und die Insel Helgoland mit lokalen RedakteurInnen vertreten. Die Redaktionsgruppe trifft sich seit 2012 und ist offen für weitere MitarbeiterInnen. …

Zur Entstehungsgeschichte dieses Projektes und seiner Motivation

Die Umsetzung dieses Internetprojektes, treffend mit „vom Geschichtsbuch auf die eigene Straße“ beschrieben, hatte seinen Ausgangspunkt in der „Aktion Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Sein „sich ausbreitendes Kunstwerk von unten im öffentlichen Raum, das ohne die Initiative von Menschen nicht wachsen und geschützt werden kann“, führte erstmals 2010 zu einer Kooperation von UnterstützerInnen der Stolpersteinverlegungen im Kreis Pinneberg. Im Mittelpunkt stand das Interesse, die Biografien der Opfer des Faschismus im Kreis und die Orte der Verlegung gemeinsam zu publizieren. Schließlich brachte die Leiterin des Industriemuseums Elmshorn, Bärbel Böhnke, das Netzwerk auf eine Spur: www.spurensuche-bremen.de. Mit dieser interaktiven Internetseite bot sich die Chance, vorhandene Dokumente örtlicher Geschichte einem interessierten Publikum, aber auch der Öffentlichkeit und insbesondere der zukünftigen Generation zugänglich zu machen. Konkrete Vorgänge und Zeitzeugenberichte von Täterschaft, Mitläufertum und Verfolgung, wie sie in den regionalgeschichtlichen Ausarbeitungen „Die Freiheit lebt“ von Fritz Bringmann und Herbert Diercks, oder „Verschleppt zur Sklavenarbeit – Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein“ von Gerhard Hoch und Rolf Schwarz vorlagen, konnten so verortet und mit einem historischen Datum auf der Karte des Kreises versehen werden und wieder aufleben. Die anschließende Kontaktaufnahme zum Verein „Erinnern für die Zukunft e.V.“ in Bremen und eine Veranstaltung im April 2011 zeigten ein ähnliches Motiv: Ausgangspunkte für das Projekt waren auch dort der Tatbestand, dass es eine große Menge von archiviertem, aber nur wenig vernetzten Informationen aus der NS-Zeit gab. Und die Erkenntnis: Berichte von Zeugen für die Zeit von 1933 bis 1945 fanden und finden bei jungen Menschen große Aufmerksamkeit. Obwohl „lebendige Berichte“ leider immer seltener werden, ist das Interesse für diese Themen bei Jugendlichen sehr groß, wenn damit eigene Aktivitäten verbunden werden.

Die Plattform wurde schließlich mit Studierenden der Hochschule Bremen entwickelt. Sie brachten dort ihre Ideen und Vorstellungen zur inhaltlichen und grafischen Gestaltung ein. Für den Kreis Pinneberg konnte dann diese Seite übernommen und weiterentwickelt werden. So beschränkt sich das Zeitfenster nicht auf 1933 – 1945, sondern kann auch die Entstehungsgeschichte und die Folgen des Faschismus für den Kreis Pinneberg und Umgebung dokumentieren.

Ausblick

Die anfallenden Kosten der Programmierung konnten letztlich über Spenden abgedeckt werden. Gerade die Landeskoordinationsstelle gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein (www.beranet-sh.de) war eine hilfreiche Unterstützung. Die Möglichkeit der Förderung durch diese Einrichtung scheint eher wenig bekannt zu sein. Das Beratungsangebot richtet sich sicherlich in erster Linie an Betroffene aktueller neofaschistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Aber auch Schulen, LehrerInnen, SchülerInnen und andere pädagogische Fachkräfte können sich hier informieren und Mittel beantragen, wenn es um Projekte konkreter Erinnerungsarbeit über die NS-Zeit geht.

Mit dem Umbruch in der Kommunikation der Generationen (lebendige Zeitzeugen können nachfolgenden Generationen nicht mehr berichten) und dem Umbruch in der Kommunikationstechnologie durch das interaktive Internet sind Chancen verbunden. Chancen, die es für die zukünftige Generation möglich macht, sich an der Aufarbeitung der NS-Zeit direkt vor Ort zu beteiligen, und zwar mit dem ihm vertrauten Mittel der Kommunikation. Für das Netzwerk Spurensuche ist dieses Aufgabe und Herausforderung.

Rudi Arendt
http://www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/

NSU-Mordfall Kiesewetter – Heilbronn: Wie viel Zufall kann es in einem Strafverfahren geben?

Wenig wird im Rahmen des NSU-Verfahrens so kontrovers diskutiert wie die Frage, ob Michéle Kiesewetter das zufällige Opfer eines Mordes war (zur falschen Zeit am falschen Ort) oder ob sie gezielt umgebracht wurde. Die Bundesanwaltschaft hat sich für die erste Variante entschieden, wenn es in der Anklage heißt: "Die Tat richtete sich gegen Zufallsopfer, die nur deshalb angegriffen wurden, weil sie Polizisten und damit Vertreter des von der terroristischen Vereinigung „NSU" gehassten Staates waren".

Ein wichtiges Argument dafür ist allemal, dass Michéle Kiesewetter nachweislich den Dienst getauscht hatte, das heißt erst kurz vor der Tötung bekannt war, dass sie zum Mordzeitpunkt überhaupt im Streifenwagen unterwegs sei.

Andererseits: Kiesewetter stammte aus Thüringen und in ihrem Heimatort führte der Schwager von Wohlleben eine Kneipe. Die Mietzeit des zum Zeitpunkt des Mordes vom Trio ausgeliehene Fahrzeug, das in Heilbronn festgestellt wurde vor dem Mord verlängert. Einen guten Überblick über alles, was gegen einen Zufall und für eine Beteiligung von weiteren Personen spricht, gibt Hajo Funke in der Onlinezeitschrift Kontext (jeweils als Print-Teil der Samstags-TAZ beigelegt). Und irgendwann muss auch Schluss mit den Zufällen in diesem Verfahren sein.

5 Zufälle ?

Wir haben mitgezählt und kommen mittlerweile – ohne die Mordtat in Heilbronn – auf **5 Zufälle:**

Heftig in der Öffentlichkeit diskutiert ist die Tatsache, dass der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, Andreas T. sich in dem Internetcafé aufhält, in dem Halit Yozgat erschossen wird. Nach dem jetzigen Stand der Aufklärung wird man zwar davon ausgehen müssen, dass dieser Zeuge die Unwahrheit sagt, wenn er behauptet, er habe beim Verlassen des Internetcafés den Getöteten nicht gesehen, bisher gibt es aber keine greifbaren Anhaltspunkte dafür, dass er tatsächlich schon beim Betreten des Internetcafés wusste, dass ein Mord geschehen würde, oder gar selbst daran beteiligt war.

Der bekannte Neonazi und NPD-Mitglied André Kapke hält sich am 4.11.2011 für ca. 30 Minuten in der Funkzelle auf, in der sich auch Mundlos und Böhnhardt nach dem Banküberfall in Eisenach aufhalten und sich anschließend selbst töten. Aufgrund der Ermittlungen dürfte aber feststehen, dass André Kapke tatsächlich kurz zuvor ein Auto gekauft hat, und sich vom Autokauf auf dem Rückweg nach Zwickau befand als er zufällig in die Funkzelle geriet.

Yunus Turgut wurde in Rostock in einem Stadtteil ermordet, in dem eine Cousine von Uwe Böhnhard wohnt, es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass Böhnhardt diese Cousine außer in seinen Kindertagen jemals besucht hatte.

Der Vermieter der Wohnmobile, bei dem das Trio regelmäßig angemietet hat, befindet sich am Tag der Ermordung von Michéle Kiesewetter in der Nähe von Heilbronn. Auch hier spricht allerdings nach den Ermittlungen alles dafür, dass er tatsächlich nur in der Gegend war um sich ein gebrauchtes Wohnmobil zwecks eventuellen Ankaufes anzusehen.

Am 07.12.2006 kommt es in der Wohnung oberhalb der damals vom Trio bewohnten Wohnung zu einem offensichtlich bewusst herbeigeführtem Wasserschaden (Aufdrehen eines Eckventils). Wäre das Wasser etwas länger gelaufen, hätten wohl auch Aussenstehende die Wohnung des Trios betreten müssen. Zwei in Frage kommenden Bewohner des Hauses bestreiten, den Hahn aufgedreht zu haben. Eine eindeutige Ermittlung des Verantwortlichen dafür gibt es bis heute nicht. Zwei Tage zuvor, am 05.12.2006 startet der Verfassungsschutz eine Operation „Grubenlampe" bei der der jetzige Mitangeklagte E. vom Verfassungsschutz observiert wird. Auch dies bisher lediglich eine zufällige Gleichzeitigkeit?

Man kann es zwar nicht recht glauben, aber letztlich gibt es bis heute keine belastbaren Indizien dafür, dass all diese Beziehungen nicht wirklich nur Zufall waren, auch wenn bereits jeder einzelne dieser Zufälle eine extrem geringe Wahrscheinlichkeit hat und alle gemeinschaftlich in der Kombination mathematisch gesehen deutlich seltener wären als ein Lotto-Gewinn.

„Wenn wir davon überzeugt sind, dass Ihre Mandantin die Täterin ist, dann brauchen wir kein Motiv"

erklärte mir Anfang der 80er Jahre einmal der Vorsitzende einer Strafkammer, als ich die Frage aufwarf, worin das Motiv der damaligen (sehr obskuren) Urkundenfälschung gelegen haben soll. Aber es ist natürlich in der Tat richtig: Dass ein Täter ein Motiv hat, mag zwar die Überzeugung von seiner Täterschaft stärken, zum gesetzlichen Tatbestand gehört das Motiv nicht. Und wenn jetzt in dieser Woche die „Aufklärung" über Mord und Mordversuch in Heilbronn beginnt, dann wird angesichts der Beweissituation kaum ein Zweifel daran bestehen können, dass das Trio an der Mordtat beteiligt war. Die Mittäterschaft der Angeklagten Zschäpe wird sich ohnehin kaum aus den unmittelbaren Beweismitteln zu Heilbronn ergeben.

Es steht damit zu befürchten, dass im jetzigen Strafverfahren die Hintergründe der Heilbronner Tat nicht aufgeklärt werden, da sie letztlich für die Frage der Schuld der Angeklagten nicht entscheidend sein werden. Wenn aber in allen denkbaren Varianten vieles dafür spricht, dass zumindest der Ort des Anschlages wegen der starken Neonazis in Heilbronn und der Kontakte des Trios zu diesen ausgewählt wurde, dann bedarf es ohne Zweifel weiterer Aufklärung. Es spricht einiges dafür, dass zwar den Angeklagten die Schuld im Sinne der Anklage nachgewiesen werden kann, die Aufklärung der historischen Wahrheit über den NSU, seine Unterstützer und den staatlichen Einfluss wird im Strafverfahren aber – wenn überhaupt – nur wenig vorankommen. Deswegen ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg speziell zum Mord Heilbronn und nach Abschluss des Münchener-Verfahrens noch einmal im Bund (zu allen offen gebliebenen Fragen) unabweisbar.

http://www.blog-rechtsanwael.de/mordfall-kiesewetter-heilbronn-wie-viel-zufall-kann-es-in-einem-strafverfahren-geben/#more-648

Ein Erklärfilm zum NSU-Prozess/NSU Davası hakkında tanıtım filmi

19. Januar 2014

Deutsche Version: http://youtu.be/z8EnUaLjxFA Ihr dürft diesen Clip gerne bei Veranstaltungen, Konzerten, Filmvorführungen und wo ihr wollt zeigen. NSU-watch tanıtım

Ressentiments gegen MigrantInnen hin, wie den momentan stattfindenden rassistischen Diskurs über Arbeitnehmerfreizügigkeit, die JAF setzte den Schwerpunkt auf die Jugendarbeit der Neonazis, die in Jugendhäusern versuchen vor allem junge Menschen für ihre menschenverachtende Ideologie gewinnen zu können und die ALF zeigte einmal mehr den Kontakt der fränkischen Neonazis zum Terrornetzwerk NSU auf und verwies auf die Rolle der kapitalistischen Gesellschaftsform für das Entstehen von Faschismus. Neben den genannten Organisationen sprachen VertreterInnen der „Horidos 1000“, des Integrationsbeirates der Stadt Fürth, der Gewerkschaft ver.di und der Oberbürgermeister der Stadt Fürth.

Einmal mehr konnten wir ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Faschismus in Fürth setzen und deutlich machen, dass Nazis weder hier, noch anderswo erwünscht sind. Besonders freuen wir uns, dass sich so viele Menschen an der spektrenübergreifenden Demonstration beteiligten. Der Demonstrationszug setzte sich gegen 13.30 Uhr vom Kohlenmarkt in Bewegung, um durch die Fußgängerzone zur Theaterstraße und durch die Gustavstraße zu laufen. Mit einer bunten und lautstarken Demonstration konnte so gezeigt werden, was wir von den Neonazis der BiSF halten. Den Abschluss der Demonstration bildete eine Kundgebung am Fürther Rathaus. Durch die Demonstration, aber auch die bereits im Vorfeld geleisteten Flyerverteilungen, konnten tausende FürtherInnen über die BiSF aufgeklärt werden.

Der Demonstration vorangegangen war ein Vortrag am Freitag, den 10.01. über die lokalen Nazistrukturen und deren Verbindung zum NSU. Dabei zeigten die beiden Journalisten Timo Müller und Robert Andreasch, die u.a. für das antifaschistische Recherchearchiv a.i.d.a. schreiben, wie gefährlich und gewaltbereit die Neonazis um Matthias Fischer sind. Eben jener steht auf der Kontaktliste der Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, die mehrere Menschen umbrachten.

Die Veranstaltung und die Demonstration sind dabei nur Teile der Kampagne „Nazis stoppen – Der BiSF den Wahlkampf vermiesen“. Im Rahmen dieser Kampagne wurden in den letzten Monaten etwa 40.000 Flugblätter der ALF und JAF an Haushalte in Fürth verteilt, die auf die BiSF aufmerksam machen sollen. Täglich stehen zudem AntifaschistInnen in der Innenstadt oder am Bürgeramt in der Südstadt und klären BürgerInnen darüber auf, was es mit dem Treiben der Neonazis, die sich unter dem Titel BiSF tarnen, auf sich hat. Hierzu seit erneut auf die Möglichkeit verwiesen, sich in Helferlisten einzutragen, die unter anderem im „Eine Welt Laden“ in Fürth ausliegen. In den vergangenen Tagen zeigte sich einmal mehr, dass sich die Fürther Polizei von den Neonazis benutzen lässt, jede Anzeige der Nazis gegen AntifaschitInnen in vorauseilendem Gehorsam aufnimmt und versucht den legitimen Gegenprotest zu kriminalisieren.

Die Demonstration war ein voller Erfolg für alle, die sich den Tätigkeiten der FaschistInnen aktiv entgegen stellen und zeigt einmal mehr, dass weder hier in Fürth, noch anderswo Platz für eine menschenverachtende Ideologie, wie die der BiSF ist!

Wir werden auch weiterhin jede Möglichkeit nutzen, um den Neonazis der BiSF den Wahlkampf zu vermiesen!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Hoch die internationale Solidarität!

Antifaschistische Linke Fürth & JAF
11.01.2014 www.antifa-fuerth.de.vu

Essen: Jahresbericht über die rechte Szene

Unter dem Titel „Die extreme Rechte in Essen – Aktivitäten und Entwicklungen in 2013“ hat die Antifa Essen Z heute ihren sechsten Jahresbericht über die lokale rechte Szene veröffentlicht. Die Broschüre enthält unter anderem Informationen über die Parteien der extremen Rechten, die Kameradschaftsszene, das Bekleidungsgeschäft „Oseberg“ und die rechte Fußballfanszene.

Ab Mitte Januar wird die Broschüre auch wieder in gedruckter Form zur Verfügung stehen. Als PDF könnt Ihr den Bericht schon jetzt auf unserer Seite herunterladen:

http://wordpress.antifa-essen.de/2014/01/die-extreme-rechte-in-essen-jahresbericht-2013/

http://www.antifa-essen.de

Neues von der AfD: „Artikel 20 – Die Unabhängigen“

So nennt sich ein neues Forum für unzufriedene Rechtsaußen, die noch oder nicht mehr in der „Alternative für Deutschland“ sind. Die AfD wird von ihnen als „weich gespült“ und zu nachgiebig gegenüber Forderungen, sich vom Rechtsextremismus zu distanzieren, wahrgenommen. Sie fordern einen Anti-EU-Kurs und mehr Hetze gegen MigrantInnen. Insbesondere den Islam haben sie als Hauptfeind ausgemacht. Diese Positionen sind in der AfD an den Rand gedrängt worden, weswegen schon einige die Partei verlassen haben, andere wiederum kündigen diesen Schritt an, „wenn sich nicht bald etwas ändert“.

Für sie ist jetzt „Artikel 20 – Die Unabhängigen“ gegründet worden. Zunächst als Forum, das den Unzufriedenen eine Stimme geben soll, dann aber auch als Sammlungsbewegung. Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest, dass die BRD ein demokratischer Rechtsstaat ist und alle Macht vom Volke ausgeht.

In der Gründungserklärung heißt es u.a.: „Wir sind freiheitsliebende deutsche Staatsbürger. Wir sind eine Generation, die das Privileg genießt in einer Zeit geboren worden zu sein, in welcher die Bürger durch das deutsche Grundgesetz beschützt wurden. Eben jenes Privileg ist täglichen Angriffen ausgesetzt, von A wie Abgeordnetenbestechung bis Z wie zentralistische EU. … Wir stehen uneingeschränkt zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und nehmen friedlich unser Grundrecht auf Widerstand wahr, um gegen alle aufzubegehren, welche Anstrengungen unternehmen, diese zu beseitigen.“

Was hier so staatstreu daher kommt, hat es in sich. Denn Punkt (4) des Artikels 20 GG billigt den BürgerInnen ein Widerstandsrecht zu, wenn die bestehende politische Ordnung gefährdet ist. Eben das behaupten die „Unabhängigen“ und kündigen damit an, dieses Widerstandsrecht für sich in Anspruch zu nehmen. Ohne allerdings darauf einzugehen, was das denn bedeutet.

Derzeit ist nicht absehbar, ob diese „Sammlung“ Erfolg haben wird oder ob sie genau so schnell wie sie aufgetaucht ist, wieder verschwinden wird. Im Moment fällt nur auf, dass sie von einigen der in der Partei bekannteren RechtspopulistInnen unterstützt wird. Ob eine Abspaltung bereits im Gange ist? Nach dem Bundesparteitag an diesem Samstag dürfte einiges klarer werden und eventuell konstituiert sich diese Strömung dann gegen die Partei.

F ■

Hamburger „Gefahrengebiete“

Rund 5000 Menschen haben am Samstagnachmittag in Hamburg gegen so genannte Gefahrengebiete demonstriert – weit mehr als erwartet. Sie protestierten gegen die Eingriffe in die Grundrechte der BewohnerInnen und BesucherInnen dieser Sonderrechtszonen, zu denen sich die Polizei ohne richterliche oder parlamentarische Kontrolle selbst ermächtigen kann. Derzeit gibt es in Hamburg drei dieser Gefahrengebiete. Auch die Fraktion DIE LINKE beteiligte sich an der beeindruckenden Protestaktion. Bela Rogalla, Landessprecher DIE LINKE Hamburg, sagte in einem Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung: „Offensichtlich sind der SPD-Senat und die Polizei bereit, in gesellschaftlichen Konfliktsituationen ihre Politik auch mit dem Polizeiknüppel durchzusetzen.“ Die Polizei wiederum war mit einem Großaufgebot inklusive Reiterstaffeln, Räumpanzer und zahlreicher Wasserwerfer im Einsatz. Anlass zur Anwendung dieser Mittel gab es aber nicht – die Demonstration verlief vollkommen friedlich. Am kommenden Donnerstag wird die Hamburgische Bürgerschaft einen Antrag der Fraktion DIE LINKE diskutieren, der die vollständige Abschaffung aller Gefahrengebiete fordert. „Gefahrengebiete sind für einen Rechtsstaat nicht tragbar“, begründet dies die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Christiane Schneider. „Zum Schutz der Bürgerrechte in Hamburg kann die Lösung nur sein: Weg mit den Gefahrengebieten!“

www.linksfraktion-hamburg.de

„Gefahrengebiete sind für einen Rechtsstaat nicht tragbar“

51 Mal hat die Hamburger Polizei in den letzten Jahren Orte, Straßenzüge und ganze Stadtteile zu Gefahrengebieten erklärt. Das älteste Gefahrengebiet – St. Georg – besteht ununterbrochen seit dem 1. Juni 1995, zwei weitere in St. Pauli seit 2001 beziehungsweise 2005. Mehrere hunderttausend verdachtsunabhängige Maßnahmen wurden in diesen Gefahrengebieten durchgeführt.

Das Ausmaß des jüngsten Gefahrengebiets in St. Pauli und Altona hat vielen Menschen deutlich gemacht: Für einen Rechtsstaat ist dieses Mittel nicht tragbar. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher mit einem Antrag an die Hamburgische Bürgerschaft (Drs. 20/10500) die Abschaffung der Gefahrengebiete. „Die Zurücknahme der jüngsten Gefahrengebiete ist ein erster Schritt. Nun müssen weitere Schritte folgen: Das Mittel der Gefahrengebiete muss endgültig ad acta gelegt werden“, erklärt Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Mit dem Instrument des Gefahrengebiets ermächtigt sich die Polizei zu anlasslosen und dabei erheblichen Eingriffen in Persönlichkeitsrechte. Auch ohne Willkürparagraphen kann sie effektiv arbeiten. Zum Schutz der Bürgerrechte in Hamburg kann die Lösung nur sein: Weg mit den Gefahrengebieten!“

Für den Fall, dass die Bürgerschaft der Abschaffung der Gefahrengebiete nicht zustimmt, beantragt die Fraktion DIE LINKE behelfsweise zumindest die Schaffung einer Rechtsgrundlage, die rechtsstaatlichen Mindeststandards genügt. „Die Polizei kann derzeit allein aufgrund des vagen und schwerlich überprüfbaren Erfordernisses der ‚Lageerkenntnis‘ Sonderrechtszonen ausweisen und Grundrechte einschränken. Eine Maßnahme mit dermaßen weitreichenden grundrechtlichen Auswirkungen darf jedoch nicht allein im Ermessen der Polizei liegen“, so Christiane Schneider. „Wir fordern daher, dass zumindest eine juristisch saubere Rechtsgrundlage mit klaren Voraussetzungen und Begrenzungen wie Richter- oder Parlamentsvorbehalt geschaffen wird. Das sind aber nur absolute Mindeststandards: An unserer grundsätzlichen Kritik und der Forderung nach Abschaffung ändert sich hierdurch nichts.“

16.1.2014, Christiane Schneider
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Innen-, Flüchtlings- und Rechtspolitik
Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Schnipsel zur programmatischen Ausrichtung der AfD

Vorfahrt der traditionellen Familie

Lucke sprach auf dem hessischen Landesparteitag: „Und dann waren die Zeitungen und Internetforen voll von Kommentaren, die den Mut von Herrn Hitzlsperger lobten, sich zu seiner Homosexualität zu bekennen. … ich erkenne eigentlich gar keinen besonderen Mut mehr darin, sich zu seiner sexuellen Orientierung zu bekennen. Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger beispielsweise verbunden hätte mit dem Bekenntnis zu seiner Homosexualität ein Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv ist und dass es Verfallserscheinungen in Teilen unserer Gesellschaft gibt bezüglich dieser wesentlichen Keimzelle unserer Gesellschaft: Ehe und Familie.“

Zu ergänzen bleibt, dass sich die AfD verschiedentlich gegen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, ob in steuerlicher Hinsicht oder bezüglich des Adoptionsrechts, ausgesprochen hat. Eine antiquierte Familienpolitik, dies machen diverse Äußerungen aus der AfD-Führung deutlich, ist ein wesentlicher Grundpfeiler ihrer Politik.

(F, zitiert nach der Abschrift einer Rede Luckes am 11.1.14 auf dem Blog andreaskemper.wordpress.com) ■

Neue rechte Allianz in Spanien

Mehrere faschistische Gruppierungen haben sich verbündet. Familiäre Verbindungen bis in die etablierte Politik. Von Florian Osuch

Die extreme Rechte in Spanien gilt als stark zersplittert. Ein dutzend Organisationen und Parteien tummeln sich rechts von der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP). Nun haben sich mehrere Gruppierungen zur Allianz „España en marcha“ (Spanien in Bewegung bzw. Spanien marschiert) zusammengeschlossen. Es sind Gruppierungen wie Democracia Nacional (Nationale Demokratie), La Falange, Movimiento Católico Español (Spanische katholische Bewegung), Alianza Nacional (Nationalen Allianz, AN) sowie Nudo Patriota Español (Patriotischer spanischer Kern). Landesweit bekannt wurde „España en marcha“ im letzten Jahr. Am 11. September zum bedeutendsten katalanischen Feiertag, hatten Mitglieder der noch einzeln auftretenden Gruppierungen eine Veranstaltung des katalanischen Kulturinstitutes in Madrid gestört. Zwei Dutzend Neonazis waren auf die Bühne gestürmt, Gäste sowie Vertreter der Presse bedrängt und Mobiliar umgestoßen. Fünf Personen wurden durch Reizgas verletzt. Die Rechten konnten zunächst unbehelligt entkommen.

Der Tumult war umfangreich dokumentiert worden, unter anderem vom öffentlich-rechtlichen Sender TV3, der die Szene veröffentlichte (Video unter: http://kurzlink.de/Madrid_Nazis). Die wenigsten der Neonazis waren maskiert. Antifagruppen berichteten, unter den Angreifern seien bekannte Personen der extremen Rechten gewesen.

Bereits am Tag nach dem Vorfall nahm die Polizei zwölf mutmaßliche Täter fest, in den Wochen danach folgten weitere Festnahmen. Im Dezember verkündete das rechte Portal patriotas.es, die Polizei habe „alle fraglichen Beteiligten“ ermittelt.

Unter ihnen befand sich auch Iñigo Pérez de Herrasti von der Alianza Nacional. Er ist ein verurteilter Rechtsterrorist. Der 56jährige war im Jahr 2000 mit drei Neonazis unter anderem wegen Waffenbesitz und Attentatsplänen festgenommen worden. Wegen Vorbereitung zu Anschlägen, die gegen Angehörige von Gefangenen der baskischen ETA gerichtet waren, wurde er zu 14 Jahren Haft verurteilt. Er kam jedoch vorzeitig wieder frei.

Bemerkenswert sind seine familiären Verbindungen von Pérez de Herrasti, die tief in die etablierte Politik reichen. Der 56jährige kommt aus einer Adelsfamilie mit engen Verknüpfungen zur spanischen Volkspartei (PP). Seine Mutter war viele Jahre Vizepräsidentin und Schatzmeisterin der Alianza Popular, der Vorgängerin der PP. Sein Onkel ist sogar amtierender spanischer Verteidigungsminister, ebenfalls für die PP. Ein Schwager ist der ehemalige Abgeordnete der PP im Europaparlament und derzeitiger Staatssekretär der konservativen Regierung.

Für Gott und Spanien

Bei „España en marcha“ steht ein starker spanischer Zentralstaat im Fokus. Das Gründungsmanifest liest sich, als stünde Spanien kurz vor dem nationalen Untergang. Rettung vor Politikverdrossenheit, Staatskrise, Vertrauensverlust in die Institutionen etc. könnte nur die Rückbesinnung auf das Vaterland sein. Es sei „Zeit für eine Nationale Revolution“.

Das Pamphlet würde „klassische faschistische Züge“ tragen, sagte eine Antifaaktivistin aus Barcelona. Die neue rechte Allianz äußert sich offen, wie sie zur konstitutionellen Monarchie in Spanien steht. Die bürgerlich-demokratische Verfassung von 1978 gehöre abgeschafft, ebenso die jetzige Form des Föderalismus mit den 17 autonomen Gemeinschaften. Stattdessen müsse ein Zentralstaat errichten werden. Forderungen nach mehr Unabhängigkeit, wie sie etwa im Baskenland oder in Katalonien vertreten werden, gehörten als „staatsfeindlichen Terrorismus“ verfolgt. Ethischer Bezugspunkt ist das Christentum („Wurzel der traditionellen Werte der spanischen Gesellschaft“). Zentrale Rolle spielt die bürgerliche Kleinfamilie, bestehend aus Mann und Frau. Gleichstellung für Lesben und Schwule lehnt „España en marcha“ radikal ab, ebenso die Homoehe und das Recht auf Abtreibung.

Das Bündnis will zur Europawahl antreten. Über ganz Spanien verteilt summiert sich die Zahl der Lokalmandate der einzelnen Gruppierungen auf etwa ein Dutzend. Ein Erfolg ist derzeit nur schwer vorstellbar, da „España en marcha“ für einen Sitz deutlich über 200 000 Stimmen erhalten müßte. Unmöglich es jedoch nicht, wie etwa die Massenmobilisierungen gegen Homoehe oder Abtreibung in Spanien mit bis zu einer Millionen Teilnehmer verdeutlichen.

Francos langer Schatten

Grundsätzlich kann die Allianz als Novum bezeichnet werden. Größere faschistische Formationen konnten sich seit dem Ende der Franco-Diktatur Mitte der 1970er Jahren nicht etablieren. Denn die ehemaligen faschistischen Eliten, darunter auch Minister aus dem Franco-Kabinett, sammelten sich zunächst in der Alianza Popular (Volksalianz). Diese wurde bis zu einem Generationswechsel 1989 von Manuel Fraga, einem Multifunktionär des Franco-Regimes, geführt. Kurze Zeit später übernahm José María Aznar den Vorsitz. Seit dem firmiert die Partei als Partido Popular (PP). Aznar war 14 Jahren lang Chef der PP (1990–2004) und Ministerpräsident zwischen den Jahren 1996 und 2004. Die PP, wie vor ihr die Volksalianz, bedient das kleinbürgerlich-konservative Lager und liberale Wirtschaftskreise ebenso wie große Teile der extremen Rechten und Anhänger des streng religiöse Katholikenorden Opus Dei, einer der Hauptstützen des Franco-Regimes.

Florian Osuch ■

Freispruch für den Arier

Das Bemühen der Dortmunder Staatsanwaltschaft, deutsche Mörder aus der Zeit des NS-Regimes und des Krieges anzuklagen, ist jede Unterstützung wert. Auch wenn dies im Fall des SS-Manns Siert Bruins zunächst nicht zum Erfolg führte, wird unbedingt Revision gegen den skandalösen Freispruch des Landgerichts Hagen eingelegt werden, teilte die Behörde mit. Zudem ist zu hoffen, dass die Mordanklage gegen Werner C., einen Beteiligten am Massaker von Oradour-sur-Glane, vorm Landgericht Köln erfolgreich ist.

Weil nicht zu ermitteln war, ob der Widerstandskämpfer Aldert Klaas Dijkema seine Hände in den Taschen hatte, als ein zweiköpfiges Mordkommando ihm in den Rücken schoss, wurde gegen Siert Bruins nur auf „Totschlag“ erkannt, und dieser sei verjährt, im Gegensatz zum Mord. Das Opfer erschien nicht ausreichend als arglos, die „Heimtücke“ der Täter sei daher nicht bewiesen. Die verlogene, aber übliche Begründung „Auf der Flucht erschossen“ lag wohl auch vor, als im September 1944 in den Niederlanden der Mord geschah. Gleich mehrere die Nazis begünstigende Regelungen wurden in Hagen angewendet: Da ist zunächst die jahrzehntelange Gültigkeit der Verjährung bei Mord und die noch heute gültige Verjährung bei Totschlag, die dazu führten zu behaupten: „Der Fall ist nach so langer Zeit nicht mehr zu klären.“ Zudem hätte nachgewiesen werden müssen, dass das Mordmerkmal „Heimtücke“ vorlag, ein Begriff aus der Strafgesetzgebung der Nazis, der nach 1945 beibehalten wurde. … Schließlich hat man den im Fall Demjanjuk wieder eingeführten Tatnachweis, wonach erwiesen sein muss, dass der Täter dem Mordkommando angehörte, nicht aber, ob er auch nachweislich selbst handelte, wieder abgeschafft. Der Ukrainer Demjanjuk, Mörder im KZ Sobibor, durfte derartig verurteilt werden, – der Arier Siert Bruins nicht? Die Aufhebung des Hagener Urteils ist dringend geboten. Ebenso ist das Hauptverfahren in Köln zum Fall Oradour unbedingt erforderlich.

www.nrw.vvn-bda.de

Front National leicht in der Klemme

Eingeklemmt zwischen „Anti-System-Figur" Dieudonné und dem eigenen Bemühen um „Reputierlichkeit". Aber das Dilemma dürfte nicht andauern.

Die gute Nachricht zuerst. Auch wenn das innenpolitische Klima derzeit von sozialer Depression sowie von neuen Grenzverschiebungen des Rassismus – in jüngster Zeit besonders mit den Provokationen des schwarzen französischen Antisemiten Dieudonné M'bala M'bala (vgl. AN 01/14) – geprägt ist, wächst der Front National dennoch derzeit nicht in den Meinungswerten. An mindestens einem Punkt findet sogar eine gegenläufige Entwicklung statt. Das Sympathiebarometer für Marine Le Pen, dessen Höchstwerte oft deutlich über die Wahlergebnisse ihrer Partei hinausgingen, zeigt in den letzten Wochen sinkende Zahlen an. Manche Quellen sprechen unterdessen bereits von Marie Le Pen als „Kollateralopfer der Dieudonné-Affäre" (in dem Sinne, dass die Chefin des FN einen Kollateralschaden davontrüge).[1]

Hintergrund dafür ist, dass die Dieudonné-Affäre das Augenmerk der französischen Gesellschaft erneut auf antisemitische Ausfälle in der Öffentlichkeit lenkt. Exakt damit aber wollte der FN unter Anführung von Marine Le Pen nicht länger in Verbindung gebracht werden. Genau genommen handelt es sich sogar um den einzigen Punkt, an dem die 45jährige Parteichefin mit dem Erbe ihrer „Bewegung" zu brechen versuchte. Ihr Vizepräsident und Lebensgefährte Louis Aliot erklärte dazu rundheraus gegenüber zwei Buchautoren, die rund 100 Kader der extremen Rechten interviewen konnten: „Man muss klar sein, was die ‚dédiabolisation' (Anm.: durch Marine Le Pen ausgerufene ‚Entteufelung' oder ‚Entdämonisierung' ihrer Partei) beinhaltet: Das betrifft einzig die Unterstellung an uns, antisemitisch zu sein, sonst nichts. Es betrifft nicht unsere Haltung zur Einwanderung, zum Islam, zu denen es im Gegenteil gar nicht so schlecht ist, ‚verteufelte' Positionen zu pflegen."[2]

Dies vollzieht in etwa den Konsens vieler Nachkriegsfaschisten und auch deutscher Altnazis nach 1945 nach, der da lautete: Hauptsache Ihr habt kein Problem mit den Juden mehr, bei allen anderen Themen beobachtet Euch niemand sonderlich, und Ihr dürft unter dieser einzigen Bedingung wieder zur „zivilisierten Welt" gehören. (Daher der scharfe Philosemitismus etwa der rechten Springer-Presse, die so viel Nazipack „wiedereingegliedert" hat.) Jean-Marie Le Pen, der seit den 1950er Jahren zunächst ebenfalls im Sinne dieser Nachkriegshaltung proisraelisch war, stellte sich jedoch ab 1987 zunehmend außerhalb dieses Konsens. Dies erleichterte bspw. seine Kontakte zu Saddam Hussein, den er 1990 und 1996 aufsuchte, und zum iranischen Regime, zu welchem er u.a. 1998 persönliche Kontakte unterhielt.

Seine Tochter hielt und hält dies jedoch, wie schon früher manche anderen Parteifunktionäre des Front National, für eine schwere Verirrung: Mit Insistieren auf „alten Themen rund um den Zweiten Weltkrieg" könne man heutzutage keinen Blumentopf gewinnen und sich allenfalls Probleme einhandeln. Zudem versperre es Türen in die konservativ-liberale Rechte hinein, aber auch in den USA, auf den britischen Inseln oder natürlich im Staat Israel (wohin Marine Le Pen bereits 2005 vergeblich mit einer Delegation des EU-Parlaments zu reisen versuchte, ihr Lebensgefährte Louis Aliot selbst konnte vor drei Jahren dorthin reisen). Hinzu kommt ein dritter Faktor: Als frühere Kolonialgesellschaft in Nordafrika weist Frankreich noch andere historische Hintergründe auf als etwa die deutschsprachigen Länder. Waren die Juden in Europa Jahrhunderte lang diskriminiert, unterdrückt und verfolgt, wurden sie im kolonisierten Nordafrika durch die französische Staatsmacht hingegen eher als privilegierte Minderheit behandelt und den Europäern rechtlich gleichgestellt – um sie aus der Mehrheitsgesellschaft vor Ort herauszubrechen und von den Arabern und Berbern zu isolieren. Folgerichtig stellte ein Teil von ihnen sich gegen die Entkolonisierung, wie auch viele vor Ort lebende Europäer. Nicht wenige Parteifunktionäre der extremen Rechten haben einen kolonialfranzösischen, und einige (wie auch Louis Aliot) zugleich einen nordafrikanisch-jüdischen familiären Hintergrund. Diese Komponente in der Geschichte der französischen nationalistischen Rechten stand schon immer im Widerspruch zu ihrem antisemitischen Erbe.[3]

Der Kurs der Distanzierung von offen (oder verdeckt, aber unverkennbar) ausgedrücktem Antisemitismus, den Marine Le Pen einschlug, tragen zwei der drei Europaparlamentarier des FN in der Form nicht mit. Also weder ihr Vater Jean-Marie Le Pen noch ihr Herausforderer bei der Vorsitzendenwahl von Ende 2010, Bruno Gollnisch, die die beiden anderen Sitze des FN im Europaparlament einnehmen. Beide ließen sich in den letzten Wochen mit dem ‚Salut de la quenelle' oder „Knödelgruß", dem Erkennungszeichen der Anhänger Dieudonnés, ablichten. Gollnisch sogar Mitte Dezember 2013 im Regionalparlament von Lyon, dem er (neben dem Europäischen Parlament) ebenfalls angehört.

Die eigene Wähler/innen/schaft des FN ist in zwei ungefähr gleich große Hälften gespalten, was ihre Haltung zur Dieudonné-Affäre betrifft. In der öffentlichen Meinung insgesamt äußern sich, je nach Umfrage, 70 bis 83 Prozent negativ über Dieudonné M'bala M'bala und seine Aussprüche. Doch der letztgenannten Umfrage zufolge (in welcher die negativen Meinungen bei 83 % stehen) erklärten jeweils 48 % der FN-Wählerschaft, eine positive respektive eine schlechte Meinung über Dieudonné zu haben[4]. Die Parteiführung übt sich demgegenüber in einem Balanceakt. Sie erklärt, Dieudonné und seine Aussprüche inhaltlich nicht zu unterstützen, aber für die Meinungsfreiheit und gegen Zensurversuche des Innenministers Manuel Valls – in Gestalt von Auftrittsverboten für Dieudonné, die auch außerhalb der extremen Rechten politisch und juristisch umstritten waren – einzutreten.[5]

Valls hatte in der zweiten Januarwoche 2014 Bühnenauftritte Dieudonnés in Nantes, Orléans und Paris verboten und war darin auch gerichtlich bestätigt worden. Am Abend des Montag, den 13. Januar Dieudonné nun jedoch in Paris eine neue, abgespeckte Version seines vorherigen Spektakels („Die Mauer") in seinem eigenen – von ich gemieteten – Theater im 11. Pariser Bezirk. Es war um alle besonders schockierenden oder offen antijüdischen Passagen bereinigt worden. Dieses Mal hatte der Pariser Polizeipräsident die Aufführung am selben Tag genehmigt. Die neue Version steht unter dem kryptisch erscheinenden Titel „Asu Zoa". Dieudonné behauptet, der Name bedeute „Gesicht des Elefanten" in der in Kamerun verbreiteten Sprache Ewondo. Ein Titel, dessen Bedeutung bzw. Auswahl sich allerdings nicht ganz erschließen würde. Das jüdische Webmagazin Alliance behauptet hingegen, der Titel spiele auf die Organisation USA ZOA (für Zionist organization of America) an, und Dieudonné habe lediglich die Buchstaben darin umgedreht. Was stimmt nun – hm, was erscheint denn inhaltlich plausibel?

Zurück zu Marine Le Pen und ihrem oben erwähnten Meinungsbarometer: Im Januar 2014 fiel ihr Sympathiewert dort um fünf Prozentpunkte, von 32 auf 27 % positiver Äußerungen. Dies steht u.a. im Zusammenhang mit der Dieudonné-Affäre und dem Verhalten des FN. Allerdings war ihr Wert schon im November 2013 um sechs Punkte gesunken, damals in Reaktion auf die wenig konsensfähigen Äu-

Wie pervers ist das denn?

Auf der rechtspopulistischen Schiene feiert die Propaganda Triumphe, „die Deutschen“ müssten halb Europa durchfüttern, deutsche Milliarden würden in den Krisenländern verplempert. Und gleichzeitig liegen in Brüssel europäische Milliarden bereit, nämlich für die Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt, die Berlin einfach nicht abruft, wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ ermittelt hat. Und ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt kritisieren deutsche Politiker die Regierungen von Bulgarien und Rumänien, weil die zu wenig Gebrauch machen von den EU-Mitteln für – die Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt.

Da stockt einem doch der Atem. In den kommenden sieben Jahren stehen der Bundesrepublik weitere 7,2 EU-Milliarden zur Verfügung.

Jetzt hoffen wir einfach mal, dass sich unter der neuen Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die dort zuständigen Abteilungen auf den Hosenboden und das Geld aus Brüssel in Bewegung setzen. Von Geldmangel wollen wir bis auf Weiteres jedenfalls nicht mehr hören.

Quelle: ver.di-news 01/2014 ■

Bundesregierung befeuert Abwehrreflexe gegen Migration

„Der neu eingesetzte Staatssekretärsausschuss behandelt die falschen Fragen und trägt zur Verbesserung der Lage der betroffenen Menschen in den Kommunen nichts bei“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Einsetzung eines Ausschusses von Staatssekretären, die den vermeintlichen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger prüfen soll. Jelpke weiter:

„Mit der Einsetzung dieses Ausschusses bestätigt die Bundesregierung den Generalverdacht gegen Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien, diese kämen allein zum Bezug von Sozialleistungen nach Deutschland. Die von ihr selbst erst kürzlich veröffentlichten Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache: Rumänische und bulgarische Staatsangehörige nehmen vermehrt am Erwerbsleben teil, beziehen nur in geringem Maße Sozialleistungen oder stocken ein geringes Einkommen auf, weniger als jeder Zehnte bezieht Kindergeld.

Die Probleme liegen ganz woanders. In Kommunen, in denen sich tatsächlich eine größere Zahl an gering qualifizierten Migranten mit geringen Beschäftigungsaussichten einfinden, grassieren Rassismus und Antiziganismus, geschürt von Rechtspopulisten und Neofaschisten und bestärkt durch die markigen Äußerungen aus der Union. Weitere Verschärfungen zum Ausschluss von EU-Bürgern von Sozialleistungen werden nichts dazu beitragen, diese Lage zu entschärfen. Bund und Länder müssen endlich deutlich mehr Mittel bereitstellen, um die Wohnsituation zu verbessern, den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu sichern und die Chancen auf existenzsichernde Beschäftigung zu erhöhen. Alles anderes ist nur Wasser auf die Mühlen rechter Demagogen.“

Quelle: Pressemitteilung 08.01.2014 ■

Hunderttausende Ausländer: Rechtswidrige Einreisesperre

„Fast eine halbe Million Ausländer sind rechtswidrig mit einer Einreisesperre belegt“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, unter Verweis auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion (BT-Drs. 18/156). Jelpke weiter:

„Der Europäische Gerichtshof hat im September 2013 klargestellt, dass unbefristete Wiedereinreisesperren in der Regel, etwa wenn sie infolge von Ausweisungen oder Abschiebungen verhängt werden, gegen EU-Recht verstoßen. Die maximal zulässige Frist beträgt fünf Jahre und muss in jedem Einzelfall individuell bemessen werden. Diese seit 2010 geltenden Grundsätze sind aber im deutschen Aufenthaltsgesetz nicht berücksichtigt.

Die Bundesregierung bestätigt diesen Sachverhalt nun und kündigt eine entsprechende Gesetzesänderung an, um das deutsche Aufenthaltsgesetz an EU-Recht anzupassen. Zudem bereite sie zusammen mit den Bundesländern eine ‚Bereinigung der noch bestehenden unbefristeten Einreiseverbote‘ vor. Nach Schätzung von Rechtsanwälten müssen bei voraussichtlich über 400.000 Ausländern die Einreisesperren im Ausländerzentralregister aufgehoben werden.

Jährlich werden über 1000 Personen wegen Verstoßes gegen ein Wiedereinreiseverbot verurteilt. Viele solcher Verurteilungen dürften sich nunmehr als rechtswidrig erweisen: Immer dann, wenn das Wiedereinreiseverbot schon länger als fünf Jahre bestanden hatte.

Ich fordere die Bundesregierung und die Bundesländer auf, die rechtswidrigen Einreiseverbote aufzuheben, auf eine Überprüfung der rechtswidrig ergangenen Urteile hinzuwirken und soweit möglich, die Betroffenen hierüber zu informieren.“

Quelle: Pressemitteilung Ulla Jelpke 15.01.2014 ■

Bund und Länder verschleppen Aufnahme syrischer Flüchtlinge“

Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge verläuft weiterhin nur schleppend. Die Verfahren müssen deutlich gestrafft und vereinfacht werden“, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Auf eine Schriftliche Frage liegen ihr aktuelle Zahlen der Bundesregierung zu den Aufnahmeprogrammen von Bund und Ländern für syrische Flüchtlinge vor. Jelpke weiter:

„Von den 5000 syrischen Flüchtlingen, die die Bundesländer in einer gemeinsamen Aktion ab Mai 2013 aufnehmen wollten, sind Ende des Jahres erst 1676 in die Bundesrepublik eingereist. Die Bundesregierung muss sofort prüfen, warum die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge weiterhin so schleppend verläuft. Das bürokratische Verfahren muss deutlich vereinfacht und beschleunigt werden. Das jetzige Tempo der Aufnahme ist angesichts der unglaublichen Not vor Ort nur noch beschämend.

Innerhalb weniger Wochen haben zugleich 940 Syrer ein Visum zur Einreise zu ihren Verwandten in Deutschland erhalten. Die Bundesländer (außer Bayern und Sachsen) hatten im Oktober entspre-

---

ßerungen von Marine Le Pen zur Rückkehr vormaliger französischer Geiseln aus Mali/Niger. Statt sich (wie die bürgerlichen Politiker quasi unisono) offiziell über ihre Rückkehr zu freuen, unkte Marine Le Pen, die Geiseln seien unterwegs selbst zu Islamisten geworden. Damit hatte sie sich ein Stück außerhalb der „guten Gesellschaft“ gestellt (*vgl. AN 25-26/2013*)

Bernard Schmid, Paris

Fußnoten

1 Vgl. http://www.metronews.fr/info/sondage-marine-le-pen-victime-collaterale-de-l-affaire-dieudonne/mnajIk0lEkqgDHCC2/ und, abgeschwächt, auch: http://www.francetvinfo.fr/societe/ dieudonne/la-polemique-dieudonne-ne-profite-pas-a-marine-le-pen_503683.html

2 Vgl. Dominique Albertini und David Doucet: Histoire du Front National, erschienen im Oktober 2013, St. 315.

3 Was der FN aber oft nicht als Widerspruch austrug, sondern zu seinem Vorteil zu wenden wusste: Als im Mai 1990 die spektakuläre antisemitische Schändung eines Friedhofs in Carpentras stattfand und der FN vielfach beschuldigt wurde – die Täter waren in Wirklichkeit Neonazis, aber ohne Bindung zum FN -, verwies die Partei darauf, ihre führenden Funktionäre vor Ort seien selbst algerisch-jüdischer Herkunft. Dies traf etwa auf den Regionalparlamentarier Guy Macary auch tatsächlich zu.

4 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/ dieudonne-est-desapprouve-par-83-des-francais-11-01-2014-3483423.php#xtor=EREC-109—1092370@1

5 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/01/13/97001-20140113FILWWW00529-le-pen-valls-adversaire-de-nos-libertes.php

chende Einreisemöglichkeiten geschaffen. Diese Form der Flüchtlingsaufnahme ist also schneller und effektiver als das extrem bürokratische Auswahlverfahren des 5000er-Kontingents. Doch für viele syrische Familien ist es nicht möglich, ihre Verwandten zu sich zu holen, da sie für alle entstehenden Kosten bürgen müssen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, endlich auf diese Anforderung zu verzichten.

Der Winter verschlechtert zusehends die Lage der Flüchtlinge in Syrien und der Region. Die Bundesrepublik und auch alle anderen EU-Staaten müssen deutlich mehr tun, um sichere Wege für die Einreise syrischer Flüchtlinge zu schaffen."

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 09.01.2014 ■

Syrien: Neue Chancen für Flüchtlingsfamilien

Mit Datum vom 23. Dezember 2013 hat das Bundesministerium des Innern eine zweite Aufnahmeanordnung erlassen, nach welcher weitere 5000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge nach § 23 Abs. 2, Abs. 3 i.V.m. 24 AufenthG in Deutschland aufgenommen werden. Hierzu liegen uns mittlerweile konkrete Hinweise des DRK sowie des niedersächsischen Innenministeriums vor, das am 10.01.2014 einen Ausführungserlass herausgegeben hat. Da von den 5000 Flüchtlingen des 2. Kontingents nur 3500 (und nicht 4000, wie im Erlass vom 10.01.2014 steht) über die Bundesländer aufgenommen werden, können in Niedersachsen nur rund 322 Flüchtlinge aus Syrien über diese Quote zusätzlich aufgenommen werden. Gerade mal 3% der Aufzunehmenden dürfen Schwerkranke sein – das sind 150 bundesweit bzw. 10 für Niedersachsen. Schon jetzt ist insofern absehbar, dass nicht alle Familien zum Zug kommen, die unter Hinweis auf gefolterte oder schwerkranke Angehörige um Unterstützung und Hilfe gebeten haben.

Hier die wesentlichen Infos:

Für die Durchführung der Aufnahme hat das BMI ein Formular entworfen, welches ausgefüllt und von den Ausländerbehörden an die Landesinnenministerien zurückgeschickt werden muss.

Zielgruppe sind Menschen, die von ihrem syrischen Wohnort fliehen mussten und sich jetzt in Syrien, den Anrainerstaaten oder Ägypten aufhalten. Es sollen vorrangig Menschen aufgenommen werden, welche Verwandte – **ohne Einschränkungen bezüglich des Verwandtschaftsgrades** – in der Bundesrepublik Deutschland haben. Bevorzugt wird, wer eine Verpflichtungserklärung abgeben kann oder bereit sind, einen Teilbeitrag zur Lebensunterhaltssicherung zu leisten. Dies ist aber keine zwingende Bedingung!

Auch Menschen, die besonders schutzbedürftig sind, besondere Bezüge zu Deutschland aufweisen (z.B. dt. Sprachkenntnisse, Voraufenthalte etc.) oder nach Rückkehr durch hier erlangte Qualifizierung besondere Wiederaufbauarbeit leisten können, gehören zur Zielgruppe. Es ist nicht erforderlich, dass eine Person mehrere Kriterien erfüllt.

Neben Syrer_innen können **auch Staatenlose (Palästinenser_innen, Kurd_innen, …)** aufgenommen werden, wenn ihre Identität feststeht und sie nachweislich mindestens drei Jahre in Syrien leben oder gelebt haben.

Auch Angehörige von Asysuchenden und geduldeten Flüchtlingen können von der Regelung profitieren.

Die Frist zur Anmeldung neuer Fälle ist kurz: **Bis zum 14.02.2014 sollen die Formulare durch die Ausländerbehörden (und nicht direkt) an das MI übermittelt werden.** Alle Betroffenen sollten daher das unten verlinkte Formular umgehend ausfüllen der Ausländerbehörde übergeben. Wir raten dazu, die Ausländerbehörde um eine Bestätigung der Übermittlung des Formulars an das MI bis zum 14.2.2014 zu bitten. Die Regelung endet am 28.02.2014.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 09.01.2014 ■

Asylstatistik 2013: Pro Asyl übt Kritik an Halbwahrheiten

Die Veröffentlichung der Asylstatistik 2013 hat der Bundesinnenminister zum Anlass für Zahleninterpretationen genommen, die ungenau und inakzeptabel sind.

Gestellt wurden 109 580 Asylerstanträge, eine Zahl, die überwiegend die Tatsache abbildet, dass sich in vielen Herkunftsstaaten von Asylsuchenden politische Verfolgung, Kriegs- und Bürgerkriegssituationen verstetigt haben. Die Zahl bewegt sich im Übrigen auch im Bereich langjähriger Mittelwerte. Minister de Maizière spricht in einer Pressemitteilung des BMI von der Problematik, fast 130 000 Asylbewerber angemessen unterzubringen. Ohne dies bagatellisieren zu wollen: Es waren fast 20 000 weniger, die neu ins Land kamen und erstmals einen Asylantrag stellten, so die Bundesamtsstatistik.

Originalton des Bundesinnenministers: „Wir brauchen schneller Klarheit darüber, wer tatsächlich schutzbedürftig ist und wer nicht, zumal nur knapp 14 Prozent der Anträge anerkannt wurden." Der erste Halbsatz ist richtig. Er verweist allerdings auf die über mehrere Jahre hinaus angewachsenen Bearbeitungsrückstände durch Planungsfehler und den schleppenden Aufbau von Personalkapazitäten. De Maizières zweiter Halbsatz enthält eine Halbwahrheit, was ihm durchaus bewusst gewesen sein dürfte: Anerkannt wurden nämlich nicht nur knapp 14 Prozent aller entschiedenen Anträge, sondern darüber hinaus wurde in 11,4 Prozent aller Fälle sogenannter subsidiärer Schutz wegen Folter, drohender Menschenrechtsverletzungen oder Bürgerkriegssituationen zwingend gewährt. Selbstverständlich zählen diese Bleibeberechtigten zu dem Personenkreis, den selbst der Bundesinnenminister als die „wirklich Schutzbedürftigen" adressiert.

Versäumt wurde es auch, die sogenannten formellen Entscheidungen (29705) aus der Anerkennungsquote heraus zu rechnen – entgegen der beim Bundesamt inzwischen oft üblichen Praxis. Formelle Entscheidungen sind solche, in denen über Flüchtlingsschutz und Abschiebungshindernisse inhaltlich nicht entschieden wird, meist, weil ein anderer EU-Staat im Rahmen der sogenannten Dublin-Verordnung für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Ohne diese formellen Entscheidungen liegt die Gesamtschutzquote bei annähernd 40 Prozent. Angesichts dieser Zahl hätte der Bundesinnenminister wohl darauf hinweisen müssen, wie groß die Zahl der Schutzbedürftigen und –berechtigten ist, die aktuell mit Fug und Recht Asyl suchen.

Man muss den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass die Flüchtlingszahlen in den nächsten Jahren vermutlich kontinuierlich hoch sein werden. Diese Tatsache darf aber nicht gegen das ausgespielt werden, was der Bundesinnenminister als „kluge Zuwanderung" bezeichnet.

Die Zahl der unerledigten Verfahren liegt bei ca. 96000. PRO ASYL fordert durch eine Aufstockung des Personals Asylverfahren zügig aber vor allem fair durchzuführen, sodass die Fluchtgründe ermittelt werden können und der Einzelfall gewürdigt wird.

Quelle: Pressemitteilung von Pro Asyl vom 10.01.2014 ■

Kirchenasyl – letzte Möglichkeit für Bedrohte

Evangelische Arbeitshilfe klärt Grundsätzliches und gibt praxisnahe Hilfen

Kirchenasyl für Flüchtlinge eröffnet keinen rechtsfreien Raum. Es ist vielmehr eine letzte Möglichkeit für Kirchengemeinden, Flüchtlingen beizustehen, wenn staatliches Handeln im Einzelfall fundamentale Rechtsnormen übersieht oder gar missachtet. Auf dieser Grundlage haben die Evangelische Kirche im Rheinland, die Evangelische Kirche von Westfalen, die Lippische Landeskirche und ihre Diakonie jetzt eine Arbeitshilfe für Kirchengemeinden herausgegeben.

Die Broschüre „Kirchenasyl im Raum der evangelischen Landeskirchen" bietet praxisnahe Hilfestellungen für die Gemeinden, um über die Gewährung von

Kirchenasylen zu entscheiden und diese mit Erfolg durchzuführen. Der Titel „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt …“ bezieht sich auf das biblische Gebot, Flüchtlinge menschenfreundlich aufzunehmen. Der Schutz bedrohter Flüchtlinge gehöre zum Selbstverständnis der Kirche, erklären die leitenden Theologen der verantwortlichen Landeskirchen: Präses Manfred Rekowski von der Evangelischen Kirche im Rheinland, Präses Annette Kurschus, Evangelische Kirche von Westfalen, und der designierte Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche Dietmar Arends.

Bereit sein, die Konsequenzen zu tragen

„Wenn trotz Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten die Abschiebung eines Flüchtlings bevorsteht, die diesen möglicherweise der Gefahr für Leib und Leben aussetzt, fordert unser Glaube von uns, diesem Menschen beizustehen“, so die Herausgeber. In einem solchen Fall sei das von einer Gemeinde gewährte Kirchenasyl ein legitimes Mittel – auch im Sinne der internationalen Menschenrechte und des Grundgesetzes. „Das Gewissen von Christen kann also in Widerspruch zu staatlichen Regelungen und Maßnahmen geraten und zu Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen führen“, sagt die Arbeitshilfe. Die handelnden Personen müssten deshalb bereit sein, die volle, notfalls auch strafrechtliche Verantwortung zu tragen. Entscheidend ist, dass sie den Flüchtling nicht heimlich verstecken, sondern in jedem Fall die zuständige Ausländerbehörde informieren. Rekowski, Kurschus und Arends danken allen Engagierten in den Kirchengemeinden, die sich für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge einsetzen. Dass Kirchengemeinden die Entscheidung für ein Kirchenasyl nach reiflicher Überlegung und Beratung treffen, zeigt ein Blick in die Statistik: Mehr als 90 Prozent der Kirchenasyle in Deutschland sind für die Flüchtlinge positiv verlaufen. Die Broschüre enthält zahlreiche praktische Hinweise für Gemeinden, die vor der Entscheidung für oder gegen ein Kirchenasyl stehen oder bereits ein Kirchenasyl durchführen. Zurzeit gibt es im Bereich der drei Landeskirchen mehrere Kirchenasyle.

Zum Download im Internet: http://www.ekir.de/www/service/kirchenasyl-17320.php

Kontakt/Bestellung: Kirchenrat Rafael Nikodemus, Landeskirchenamt, Abteilung III „Ökumene, Mission und Weltverantwortung“, Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf, Telefon: 0211/4562-218 E-Mail: rafael.nikodemus@ekir-lka.de
Quelle: Pressemitteilung

Evangelische Kirche im Rheinland 03.01.2014 ■

Klage gegen Flüchtlingsrat Berlin abgewiesen!

Wie in den AN Nr. 1 berichtet, ließ der Wohnheimbetreiber Gierso dem Flüchtlingsrat Berlin per Rechtsanwältin eine Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung zustellen, in der der Flüchtlingsrat sich vertraglich verpflichten sollte, Behauptungen über Mängel, Ausstattung und Organisation der Gierso-Unterkünfte nicht mehr zu äußern.

In einer Pressemitteilung informiert der Flüchtlingsrast Berlin:

„Das Landgericht Berlin hat am 8. Januar 2014 die Klage der Gierso gegen uns abgewiesen!
Wir freuen uns sehr und danken allen, die uns solidarisch unterstützt haben. Die Verhandlung wurde extra in einen größeren Gerichtssaal verlegt, damit alle ca. 60 UnterstützerInnen Platz hatten.“

Quelle: Presseinformation Flüchtlingsrat Berlin; 09.01.2014 ■

Zuwanderungsdebatte heizt Diskriminierung weiter an!

Anlässlich des CSU Papiers „Wer betrügt der fliegt“ und der aktuellen Debatte um Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien erklärt Tom Koenigs, Sprecher für Menschenrechtspolitik:

„Wer betrügt, der fliegt“ heißt ein neues Arbeitspapier der CSU. Solche Äußerungen diskriminieren, sie sind antiziganistisch. Sie richten sich nicht gegen Migration innerhalb der EU allgemein, sondern ganz konkret gegen Roma-Zuwanderung. Statt nach Lösungen zu suchen, verstärkt die Bundesregierung die Probleme durch Diskriminierung und Ausgrenzung. Gleichzeitig lässt sie Mittel der Europäischen Union ungenutzt verfallen. Stereotype bestimmen das Handeln mehr als Fakten und Notwendigkeiten.

Es ist unsere Aufgabe, den neu zugewanderten Roma, sowie allen anderen Zuwanderern aus EU Staaten, Integrationsangebote zu machen. Die Situation der deutschen Sinti und Roma, die seit Jahrhunderten in Deutschland leben und vollends integriert sind, zeigt aber, dass es damit nicht getan ist. Der Abbau von Vorurteilen, die Anerkennung der Sinti und Roma als Teil Deutschlands, die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben, müssen aktiv organisiert werden. Dazu reicht es nicht, sich auf konkrete Probleme wie Gesundheitsversorgung, Wohnungsmangel oder Bildung zu konzentrieren. Die Ursachen der Probleme müssen angegangen werden, die Ausgrenzung und Diskriminierung der Sinti und Roma durch die Mehrheitsgesellschaft – und leider auch einen großen Teil der politischen Eliten. Es gibt Lösungsstrategien. Sie kommen von der EU und aus den verschiedenen Organisationen der Sinti und Roma selbst. Es gibt Finanzmittel, sie werden von der Europäischen Union über den Europäischen Struktur Fonds bereitgestellt, aber leider nicht abgerufen. Es gibt Bundesländer, wie Baden-Württemberg oder Berlin, die die Herausforderung deutlich konstruktiver angehen. Was also fehlt, ist der Wille auf Bundesebene, die Rhetorik und auch die Praxis der Ausgrenzung durch eine Kultur der Teilhabe und der Anerkennung zu ersetzen.

Angela Merkel hat anlässlich der Einweihung des Mahnmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma am 24. Oktober 2012 eine viel beklatschte Rede gehalten, die vor allem an uns Deutsche, an die deutsche Mehrheitsgesellschaft gerichtet war. Menschlichkeit, so Merkel, bedeute Anteilnahme, die Fähigkeit und die Bereitschaft, auch mit den Augen des anderen zu sehen. Sie bedeute, hinzusehen und nicht wegzusehen, wenn die Würde des Menschen verletzt wird. Das gelingt uns Deutschen viel zu selten, und das gelingt auch Merkels Regierung nicht.

Quelle: Pressemitteilung, Sekretariat Tom Koenigs, MdB Bündnis 90/Die Grünen;13.1.2014;13.1.2014 ■

UNHCR: Aussetzungen von „Dublin-Überstellungen“

In einem Anfang Januar 2014 veröffentlichten Positionspapier stellt UNHCR fest, dass Asylsuchende in Bulgarien von unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung bedroht sind. Daher sollten laut UNHCR zur Zeit keine „Dublin-Überstellungen“ nach Bulgarien durchgeführt werden.

In dem Positionspapier weist UNHCR insbesondere auf die folgenden Mängel im bulgarischen Aufnahme- und Asylsystem hin:

Für Personen, die aus anderen europäischen Staaten im Rahmen des „Dublin-Systems“ nach Bulgarien abgeschoben werden, gibt es keine Garantie, dass ihr Asylantrag dort inhaltlich geprüft wird.

Personen, die beim Versuch der Einreise nach Bulgarien festgenommen werden, haben keine Möglichkeit, unverzüglich einen Asylantrag zu stellen. So lange ihre Asylanträge nicht bei den zuständigen Stellen registriert werden, bleiben Asylsuchende inhaftiert und sind ständig von Abschiebung bedroht.

Die Zustände in den Aufnahmezentren für Asylsuchende werden im Papier als „erbärmlich“ beschrieben. Der Staat stellt keine Nahrungsmittel zur Verfügung und es gibt im Allgemeinen keine Möglichkeit, sich selbst Essen zuzubereiten. Unzureichend sind laut UNHCR darüber hinaus die Versorgung mit Wasser, Heizung, sanitären Anlagen sowie der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu kindergerechten Unterbringungsmöglich-

keiten. Selbst im „geschlossenen“ Aufnahmezentrum Harmanli erhalten die dort untergebrachten Personen keine Lebensmittel vom Staat, obwohl ihnen die Möglichkeit verweigert wird, außerhalb des Zentrums einzukaufen.

Asylanträge werden nicht in einer angemessenen Frist und mit der notwendigen Sorgfalt geprüft.

Die Unterstützung für Personen, die Flüchtlingsschutz oder einen anderen Schutzstatus erhalten, ist unzureichend. Anerkannte Flüchtlinge sind von Obdachlosigkeit bedroht.

In den letzten Monaten kam es zu mehreren gewaltsamen Übergriffen auf Asylsuchende und Flüchtlinge, die offenbar ausländerfeindlich motiviert waren. Laut UNHCR ist es nicht eindeutig erkennbar, dass die existierenden rechtlichen Möglichkeiten, gegen derartige Verbrechen vorzugehen, von den Behörden konsequent angewandt werden.

Vor diesem Hintergrund kommt UNHCR dem Schluss, dass sowohl die Aufnahmebedingungen von Asylsuchenden als auch die Asylverfahren in Bulgarien „systemische Mängel“ aufweisen, durch die Asylsuchende einer tatsächlichen Gefahr unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden. Sowohl nach der aktuellen Fassung der Dublin-Verordnung („Dublin III“) als auch nach der Rechtsprechung europäischer Gerichte müssen die Mitgliedstaaten der Dublin-Verordnung im Fall derartiger systemischer Mängel von Überstellungen in einen anderen Staat absehen. Diese Voraussetzungen sieht UNHCR zur Zeit als erfüllt an.

UNHCR schlägt vor, das bulgarische Asylsystem im April 2014 erneut zu überprüfen. Bis dahin hätten die bulgarischen Behörden und andere europäische Staaten die Möglichkeit, angemessene Aufnahmebedinungen zu schaffen und den Zugang zu einem fairen

Quelle: www.asyl.ne 07.01.2014 ■

Italien: Flüchtlingslager geschlossen

Ende Dezember 2013 hat Italien sein Flüchtlingslager auf Lampedusa (vgl. Ausgaben 8/13, 3/12, 7/11) räumen lassen, nachdem über unwürdige Bedingungen und Misshandlungen berichtet worden war. In einem Bericht des staatlichen italienischen Fernsehsenders RAI wurde zuvor ein Handy-Video gezeigt, in dem sich Migranten im sogenannten „Identifikations- und Abschiebungszentrum“ nackt im Freien aufstellen und „desinfizieren“ lassen mussten. Regierungschef Enrico Letta (Demokratische Partei, Mitte-links) sprach von „schlimmen Bildern“ und versprach bessere Standards in den Zentren. Die Bürgermeisterin von Lampedusa Giusi Nicolini machte das Innenministerium in Rom für die Situation verantwortlich und sprach von „KZähnlicher“ Behandlung. Am 24. Dezember wurde mit der Schließung des Lagers auf Lampedusa begonnen, und 169 Schutzsuchende wurden nach Rom und Palermo gebracht. Protest gab es auch in anderen Einrichtungen: Nordafrikanische Flüchtlinge nähten sich in einem Lager in der Nähe des Flughafens von Rom aus Protest die Lippen zusammen

Quelle: http://www.migration-info.de ■

Bundesregierung beim Sozialleistungsausschluss von EU-Bürgern unter Druck

„Die Unterstützung für freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger ist nicht nur politisch geboten, sie ergibt sich auch aus dem einschlägigen EU-Recht“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Medienberichte über eine Stellungnahme der EU-Kommission zum deutschen Sozialrecht in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Demnach können EU-Bürger nicht pauschal vom Sozialleistungsbezug ausgeschlossen werden, wie es die deutschen Sozialgesetze vorsehen. Jelpke weiter:

„Mit ihrer Stellungnahme gibt die EU-Kommission lediglich wieder, was der Europäische Gerichtshof schon an anderer Stelle geurteilt hatte. Jede Aufregung ist also fehl am Platz. Dass sich die Bundesregierung bislang aus innenpolitischem Kalkül heraus geweigert hat, für eine sozialrechtliche Besserstellung von freizügigkeitsberechtigten EU-Bürgern zu sorgen, ist der eigentliche Skandal.

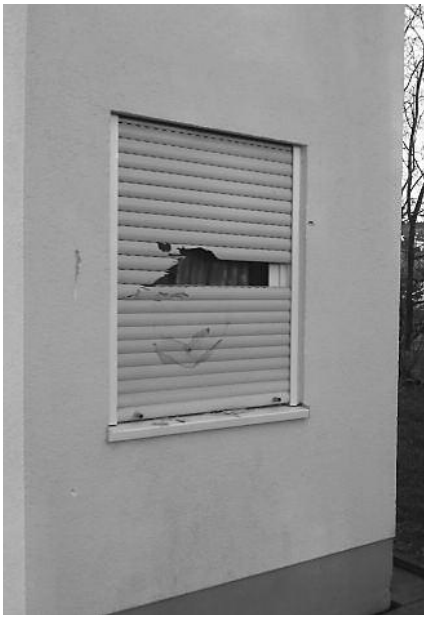
In der EU brauchen wir statt eines nationalstaatlichen Egoismus mehr Solidarität. Gefordert sind Strategien der sozialen Inklusion, ein effektiver Mindestlohn und die Bekämpfung von ausbeuterischen Arbeits- und Mietverhältnissen. Wir müssen die Armut in der EU bekämpfen, nicht die Armen. Gerade Deutschland als Profiteur der EU-Freizügigkeitsregelungen steht hier in der Pflicht, arbeitsuchende Unionsbürger nach Kräften zu unterstützen.“

Berlin, den 10. Januar 2014
Ulla Jelpke
www.ulla-jelpke.de ■

Angriff auf Asylbewerberheim bei Marburg

In der Nacht zum Sonntag den 12.01.2014 kam es zu Angriffen auf ein Asylbewerberheim in Wohratal bei Marburg.
Antifa vermutet Neonaziangriff

In der Nacht zum Sonntag den 12.01.2014 kam es zu Angriffen auf ein Asylbewerberheim in Wohratal bei Marburg. Gegen 4.30 Uhr morgens traten vier unbekannte Männer die Eingangstür des Heims ein, zerstörten die Fenster und



Rollläden des Erdgeschosses. Nach Aussagen der Betroffenen bedrohten und beleidigten sie die Bewohner und Bewohnerinnen und schlugen Türen zu den Wohnungen ein. Die Randale dauerte über eine halbe Stunde, verletzt wurde niemand.

Die Bewohner und Bewohnerinnnen setzten sofort Notrufe an die Polizei ab, die jedoch erst viel zu spät in Wohra eintraf, obwohl sich die Täter über 30 Minuten Zeit ließen. Die Kripo Marburg „ermittelt in alle Richtungen“.

Diese Tat reiht sich in eine bundesweite Serie von Gewalt gegen Asylsuchende ein – die von Neonazis ausgeht. Aus rassistischen Motiven wird vor Brandstiftung, Körperverletzung und versuchtem Mord nicht zurückgeschreckt. Das Muster der Übergriffe gleicht sich.

„Alles spricht dafür dass dieser Anschlag von Rassisten und Neonazis begangen wurde. Neonazis greifen tagtäglich Menschen an – auch in Marburg Biedenkopf. Dass die Polizei unfähig oder nicht Willens ist, diese Dimension von Gewalt zu begreifen zeigen die ersten Verlautbarungen der Polizei dass „in alle Richtungen“ ermittelt werde und zudem lange Zeit vergehen musste bis sie sich vor Ort zeigte.“, so Sophia Stern vom Bündnis gegen Rechts Marburg.

Das Bündnis gegen Rechts fordert Solidarität mit den geschockten Betroffenen angesichts der Nazigewalt und eine transparente und umfassende Aufklärung der Vorfälle. Denn auch in Marburg Biedenkopf und Umgebung gibt es eine Neonaziszene die höchstwahrscheinlich für die Taten verantwortlich ist, diese sollte im Fokus aller Ermittlungen stehen.

antifa gruppe 5, 13.01.2014
antifamarburg.wordpress.com ■

33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW

Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2014 geht die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ jetzt wieder auf Stimmenfang. Mit provokativen Demonstrationen setzt sie sich in Szene, hetzt gegen Muslime und Muslimas, Sinti und Roma sowie Geflüchtete und wirbt so um (neue) Wähler_innen und Anhänger_innen. Dabei ist sie stets bemüht, sich nach außen hin als Rechtsdemokratische Opposition zu inszenieren.

Fachjournalist_innen, Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen aus der Arbeit gegen die extreme Rechte entlarven dieses Selbstbild, indem sie einen Blick hinter die Fassade dieser Partei werfen.

In 33 praxisorientierten Beiträgen werden die wichtigsten Fragen rund um „Pro Köln/Pro NRW“ aufgeworfen und beantwortet: Wo liegen die Ursprünge dieser Partei? Wie hat sie sich entwickelt und welche Strategien verfolgt sie? Wie sind ihre Ideologie und Programmatik einzuschätzen? Und schließlich: Was kann man tun, wenn „Pro NRW“ in der eigenen Kommune aktiv wird?

Das Buch ist das Ergebnis einer Kooperation der „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok der Stadt Köln“ und der „Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus“ in Aachen.

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte, den Strukturen und dem Personal von „Pro Köln/Pro NRW“. Auch das Verhältnis der Partei zu anderen rechten Organisationen wird thematisiert.

Im zweiten Teil werfen die Autor_innen einen Blick auf Ideologie und Programmatik der Rechtspopulisten, im dritten Teil stellen sie Handlungsmöglichkeiten und Gegenstrategien zur Diskussion.

Daran anschließend finden sich im letzten Abschnitt Hinweise auf weiterführende Literatur sowie von Beratungsstellen und weiteren Institutionen, die in NRW zum Thema extreme Rechte arbeiten.

Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung. ISBN 978-3-938636-21-3
Das Buch wird in Kürze sowohl über die Info- und Beratungsstelle beim NS-Dok Köln (E-Mail: ibs@stadt-koeln.de), als auch über Arbeit und Leben DGB/VHS NW (E-Mail: clemens@aulnrw.de) erhältlich sein. Der Preis beträgt 5,– Euro.

Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung.

Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte – Neuer Band der ibs erschienen

Seit einiger Zeit wird in Deutschland heftig über die sogenannte „Armutszuwanderung“ aus Südosteuropa diskutiert. Beiträge in den Medien und Äußerungen aus der Politik lassen den Eindruck einer unkontrollierbaren „Zuwanderungswelle“ entstehen, die das deutsche Sozialsystem und die Kommunen überschwemme. In diesem Zusammenhang wird immer wieder – teils direkt, teils durch Anspielungen auf Stereotype vom „Zigeuner“ – darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zugewanderten vor allem um Roma handele. Schlagworte wie „Welle“ und „Brand“ lassen diese als Naturkatastrophe erscheinen, die sofortige rigorose Gegenmaßnahmen erfordert. Den offenkundig vorhandenen Anfeindungen gegenüber Sinti und Roma in der Gesellschaft wird so eine neue Schubkraft verliehen. Die wenigen Untersuchungen, die zu Einstellungen gegenüber Sinti und Roma in der Gesamtbevölkerung vorliegen, zeigen, dass Ressentiments weit verbreitet sind und sich nicht allein auf rechtsextreme Kreise beschränken.

Gegen diese Stimmungsmache klärt der Sammelband „Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung“ über Geschichte und heutige Lage auf, bietet eine Fülle von Informationen und will damit ein Gegengewicht gegen die rassistische Hetze bilden.

Im Mittelpunkt stehen zum einen Hintergründe zu der Debatte, zum anderen geht es um die Frage, wie sie die Lebenswirklichkeiten von Menschen beeinflusst. „Wir möchten nicht bei der Darstellung verschiedener Erscheinungsformen der heutigen Ausgrenzung von Sinti und Roma stehen bleiben. Es werden auch historische und aktuelle Hintergründe beleuchtet sowie individuelle Lebensläufe und verschiedene Strategien der Selbstbehauptung vorgestellt“, so die Herausgeber Esther Quicker und Hans- Peter Killguss. „Ganz wichtig ist uns dabei, dass nicht nur über Sinti und Roma berichtet wird, sondern dass diese selbst zu Wort kommen.“ Der regionale Schwerpunkt liegt auf Menschen, Ereignissen und Initiativen in Nordrhein- Westfalen. Da diese nur im breiteren Kontext der Situation in den Herkunftsländern zu analysieren sind, kommen in einigen Texten aber auch die Gegebenheiten in Ex-Jugoslawien und Rumänien sowie die EU-Rahmenbedingungen zu Sprache.

Der Sammelband fußt auf der Tagung „Antiziganismus. Auseinandersetzung mit einem Ressentiment vor Ort“ im NS-Dokumentationszentrum. Er ist aber weit mehr als eine Dokumentation der Vorträge und Beiträge: Die Veröffentlichung vereinigt auf 256 Seiten Erfahrungsberichte, Interviews, wissenschaftliche und literarische Texte, die das Thema aus vielfältigen Blickwinkeln beleuchten. Ein Beitrag zum Überblick über die Fachliteratur, eine Literatur- und Linkliste sowie eine ansprechende und aufwändige Gestaltung mit vielen Fotos erhöhen den Nutzwert für alle Interessierte, die sich mit dem Thema befassen. Die Publikation ist in der Reihe Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus erschienen und wurde gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend und Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist für Euro 12,90 beim NS-Dokumentationszentrum (nsdok@ stadt-koeln.de) erhältlich.

Esther Quicker/Hans-Peter Killguss: Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte Beiträge und Materialien 7 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus NS-Dokumentationszentrum, Köln 2013
ISBN 978-3-938636-20-6

Aktiv gegen Rechtsextremismus

Rechtsextreme melden eine Kundgebung auf dem Marktplatz an, in der Schule werden vermehrt rassistische Witze erzählt, bei einem Fußballspiel werden Spieler mit Migrationsgeschichte beschimpft – typische Beispiele für Rechtsextremismus und Rassismus in Alltagssituationen. Dem gilt es, aktiv entgegenzutreten. Viele Menschen engagieren sich gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Miteinander, denn zivilgesellschaftliches Engagement trägt zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem rechtsextremistische und menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen nicht toleriert werden. Was können Engagierte ganz praktisch vor Ort bewirken? Woher nehmen sie ihre Motivation und was ist notwendig, um ein Projekt erfolgreich durchzuführen oder eine Initiative zu gründen? Wie kann aus einer ganz einfachen Idee ein erfolgreiches Projekt mit großer Wirkung werden – vor Ort und manchmal auch darüber hinaus?

Dieser Sammelband regt mit Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis zum Nachdenken über Möglichkeiten und Grenzen von zivilgesellschaftlichem Handeln an. Projektbeispiele zeigen aus der persönlichen Perspektive von Engagierten, was – teils mit wenigen Ressourcen – möglich ist. Abschließend geben Expertinnen und Experten Tipps zu Projektmanagement, Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit."

Sie können den Sammelband „Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps" bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellen:
http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/173360/wider-die-gleichgueltigkeit

Newsletter Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismu
ibs Januar 2014, NS-Dokumentationszentrum Köln

Fotoausstellung: Es gibt kein zurück!

Eröffnung der Fotoausstellung in der Bürgerhalle im Rathaus der Stadt Cuxhaven am 22. Jan. 2014 um 17.00 Uhr
Ausstellungsdauer vom 22.1. 7.02. 2014

Marily Stroux, Fotografin aus Hamburg, hat sich auf die Spuren abgeschobener Roma im ehemaligen Jugoslawien begeben. Der Arbeitskreises Asyl Cuxhaven zeigt einige Bilder ihrer Reisen aus dem Jahr 2012 und lädt alle Cuxhavener und ihre Gäste zur Eröffnung bzw. zum Besuch der Ausstellung ein. „Die Idee war, vor Ort zu dokumentieren, wohin die Familien abgeschoben werden sollten, weil wir gemerkt haben, dass die, die die Entscheidungen treffen, also MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde, aber auch die Politikerinnen und Politiker, nie einen Besuch an dem Ort gemacht haben, wohin sie die Leute abschieben und wir dachten: wenn die nicht hin gehen, dann gehen wir hin und bringen Bilder und Videos und Material mit, damit sie nicht sagen können, dass sie nichts gewusst haben."
Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.01.2014

Überleben spielen

Im Zeitzeugen-Theater bringen Schülerinnen und Schüler das Verfolgungsschicksal von überlebenden NS-Verfolgten auf die Bühne

Nach vielen Wochen der Proben ist es nun so weit: Am 21.02.2014 um 19:30 Uhr im Leibniz-Gymnasium in Dormagen und am 25./26.02.2014 um 19:00 Uhr im Forum Volkshochschule im Museum in Köln werden wir das „Zeitzeugen-Theater" auf die Bühne bringen.

In intensiver Arbeit haben acht Überlebende des NS-Terrors mit Schülerinnen und Schülern des Leibniz-Gymnasiums in Dormagen unter der Leitung der Regisseurin Svetlana Fourer ein Theaterstück erarbeitet, das die Verfolgungsgeschichte der Überlebenden zum Inhalt hat. Dabei stehen die Schülerinnen und Schüler gewissermaßen als „Spiegel" der Überlebenden auf der Bühne und stellen die ihnen von den Überlebenden unmittelbar geschilderten Verfolgungschicksale dar. Die Projektidee stammt aus Israel und ist dort seit Jahren ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur – nun wird diese Idee erstmalig auch in Deutschland umgesetzt.

Kontakt:
Dr. Jost Rebentisch
Bundesverband Information & Beratung
für NS-Verfolgte e.V.; Holweider Str. 13-15; 51065 Köln
rebentisch@nsberatung.de
www.nsberatung.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Der Erste Weltkrieg und die Kriegsschuldfrage

Junge Freiheit Nr. 2/14 vom 3. Januar 2014

Das Blatt debattiert in mehreren Artikeln über den ersten Weltkrieg und die Kriegsschuldfrage und möchte ein für alle Mal festgezurrt wissen, dass das deutsche Kaiserreich nicht verantwortlich für den Ausbruch des Krieges war, in dessen Verlauf über 40 Staaten im Kriegszustand waren und der etwa 17 Millionen Tote forderte. Als „Geschichtstheologie“ bezeichnet das Blatt: „Wenn das Deutsche Reich am Krieg die Alleinschuld trug, dann hatten die Deutschen keinen Grund, sich über den Versailler Vertrag zu beklagen, und die innenpolitische Radikalisierung, die in der nationalsozialistischen Machtergreifung mündete, war einzig und allein ihrer Verstocktheit zuzuschreiben. Die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dann nichts anderes als ein Konglomerat angehäufter Schuld. Der Ergebnisse waren weniger ein politisches als ein moralisches Problem, das man löste, indem man die Teilung, den Verlust der Ostgebiete und die Vertreibungen als gerechte Strafe akzeptierte … Es war und ist eine Traumwelt. Längst gibt es starke Argumente, um eine gesamteuropäische Erzählung zu formulieren. Sie hätte davon auszugehen, dass kein einziges Land in Europa den Weltkrieg gewonnen hat, sondern dass alle ihn im globalen Maßstab verloren haben.“Die Argumentation ist perfide. Wenn dann alle verloren haben, warum sollten dann die Ostgebiete nicht „heim ins Reich“? Das Argument bietet die Gelegenheit, verschiedene revanchistische Forderungen aufzustellen.

Und mal wieder: Islamphobie

Junge Freiheit Nr. 3/14 vom 10. Januar 2014

Diesmal versucht das Blatt, den Spieß umzudrehen. Es zitiert eine Studie und interviewt den Schriftsteller Boualem Sansal, um den Nachweis zu führen, dass nicht die Islamfeindlichkeit das Problem ist, sondern die Gefahr vom Islam ausgeht. Der Grad an „Religiösem Fundamentalismus“ und „Fremdgruppenfeindlichkeit“ sei unter den Islamgläubigen viel höher als unter vergleichbaren christlichen Gruppen. Insbesondere unter den in Europa lebenden Türken sei der islamische Fundamentalismus besonders ausgeprägt. Die im europäischen Teil der Türkei lebenden Menschen sind nicht befragt worden, gemeint sind Menschen, die in Westeuropa leben. Mohammedanerinnen und Mohammedaner hätten eine „Phobie gegen den Westen“, behauptet das Blatt, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, warum die Menschen im Westen leben.

Die AfD in heftigen Auseinandersetzungen

Junge Freiheit Nr. 4/14 vom 17. Januar 2014

Der hessische Landesverband der Alternative für Deutschland ist schwer zerstritten, der Landesvorstand wurde innerhalb weniger Monate neu gewählt, der Vorsitzende zum Rücktritt bewegt. Das Blatt zitiert den stellvertretenden Landessprecher, der erklärt habe: „ Bei den Kritikern im Landesverband handele es sich seiner Ansicht nach nur ‚um eine kleine Gruppe von Leuten‘. Diese versucht vergeblich, die Partei in ‚bestimmte politische Richtung‘ zu drängen, für die es aber keine Mehrheit in der Partei gebe … Zu der Gruppen von Kritikern, die Nickel vermutlich im Sinn hatte, gehört das ehemalige Vorstandsmitglied Wolfgang Hübner, der zu den wichtigsten Vertretern des konservativen Flügels zählt.“ Wolfgang Hübner kritisierte den AfD-Vorstand, weil er sich zu „lau“ oder gar nicht zu Fragen wie doppelter Staatsbürgerschaft, Armutseinwanderung, Flüchtlingsströme oder Mindestlohn geäußert habe.

Da ist der Eintritt des früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel in die AfD und seine Kandidatur für das Europaparlament eine bessere Nachricht für die AfD. Henkel begründet seinen Eintritt mit den Erfahrungen, die er in den Wahlveranstaltungen der letzten Monate gemacht habe: „Die Teilnehmer … stammten mehrheitlich offensichtlich aus der Mitte der Gesellschaft … Das Bildungsniveau habe meilenweit über dem Durchschnitt gelegen.“ Das führt dann dazu, dass der Vorstandssprecher Lucke seine Landesvorstandsmitglieder in mitternächtlichen Emails zum Rücktritt auffordert. Die Programmdebatte ist noch immer nicht eröffnet, jetzt wird erst das Europawahlprogramm beschlossen.

uld ■

Spenden für die Antifaschistischen Nachrichten

Unser Spendenaufruf von Ende des letzten Jahres, mit dem wir auf 3000 Euro Spendengelder für die Fortführung der Arbeit mit den Antifaschistischen Nachrichten kommen wollten , hat leider sein Ziel nicht erreicht:

Bis zum 20. Januar 2014 haben uns 1945 Euro Spenden erreicht.

Jede kleine und jede große Spende ist uns sehr willkommen, und wir möchten alle LeserInnen und Leser an dieser Stelle erneut bitten, über eine Spende nachzudenken, bei FreundInnen, Bekannten, KollegInnen dafür zu werben, damit wir den 14tägigen nachrichtendienst weiterhin produzieren können.

Mit solidarischen und erwartungsfrohen Grüßen

Die Redaktion

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507